

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamr. Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Notars der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1339
Strossasse Riesa Nr. 52.

Nr. 273.

Freitag, 24. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wachen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligung Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Verliches und Sächliches.

Riesa, den 24. November 1922.

— Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlte Herr Stadtrat Döberich und zunächst auch die Herren Stadtrat Freier und Schumann I, die jedoch gegen Ende der Sitzung noch erschienen. Im Ratssaal waren die Herren Bürgermeister Dr. Scheider, Stadtrat Gutacker und Stadtrat Quastmann anwesend. Der Auditorium war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther. Die Entfernung der Wand zwischen den Zimmern 12 und 13 im Rathaus wurde gebilligt. Durch die Veränderung soll u. a. ein Speisezimmer für das Fürsorgeamt gewonnen werden. Zugestimmt wurde ferner den vorgeschlagenen Veränderungen an der Heizungsanlage im Rathaus. In dem Ratsschluß hierzu heißt es, daß diese Arbeiten als durchaus wirtschaftliche Verbesserungen anzusehen seien. Die Kosten betragen schätzungsweise 64000 Mk. Der Erhöhung der Gebühren der Leichenfrauen auf 300 Mk. 250 Mk., 200 Mk. und 120 Mk. wurde beigegeben. Dem Landesverein in Sachl. Seimatshuk wurde eine einmalige Beihilfe von 5000 Mk. bewilligt, und zwar sollen 3500 Mk. aus der Stadtkasse und 1500 Mk. aus dem noch vorhandenen Fonds, der von einem hiesigen Industriellen zur freien Verfügung des Bürgermeisters gestiftet worden ist, entnommen werden. Bewilligt wurde ferner noch ein erheblicher Erzeugungsbeitrag in Höhe von 2080 Mk. für den Arbeiterverband in Sachl. Gemeinden.

Die in der vorigen Sitzung von Herrn Bürgermeister Dr. Scheider verlangte weibliche Hilfskraft für die Spar- und Girokasse soll eingestellt werden. Da inzwischen weitere Entlassungsgesuche eingegangen sind, hat der Rat beschloffen, noch weitere junge weibliche Hilfskräfte einzustellen und ihre allmähliche Ausbildung zu untersuchen in Aussicht zu nehmen, außerdem soll die Einstellung zweier Lehrlinge ab Ostern ins Auge gefaßt werden. Zwei weibliche Hilfskräfte mit entsprechender Vorbildung sollen an die Stelle zweier Beamtenanwärter, die abgetreten. Das Kollegium stimmte diesem Ratsschluß zu. Die Umwandlung einer nichtständigen Lehrstelle an der Oberrealschule in eine ständige wissenschaftliche Lehrstelle ab 1. Oktober d. J. wurde genehmigt. Herr Vorst. Günther erklärte, daß aus der Zustimmung der Linken Konsequenzen nicht gezogen werden dürften. Die Verantwortlichkeit der Erklärung des Philosophenvereins zur Religionsfrage könne den Eindruck nicht erwecken, daß diese Schule neutral sei, und auch der Unrechtsverhältnisse unter Beziehungen nicht förderlich sein. Zugestimmt wurde einem Antrag zur Gemeindesteuerordnung, der bestimmt, daß die Werklame- (Wlatat) Steuer auf Grund von § 41 des Gewerbesteuergesetzes aufgehoben wird.

Zur Beratung stand ferner der 16. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, betr. Zuschlag zur Wohnungsbaubauabgabe. Der Nachtrag hat folgenden Wortlaut: § 1. Auf Grund von § 6 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 26. 6. 1921 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 6. 3. 1922 und dem Landesgesetz vom 2. 6. 1922, betreffend Wohnungsbaubauabgabe, wird der Gemeindezuschlag von 25 auf 75 p. D. erhöht und zwar gleichmäßig für Wohnungen und gewerbliche Räume. § 2. Dieser besondere Gemeindezuschlag ist zur Vergütung und Tilgung der für Wohnungsbauten aufgewendeten Gelder, sowie zur Förderung des Wohnungsbaus im allgemeinen bestimmt. § 3. Der Zuschlag kann auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn eine Erhebung für den Abgabepflichtigen oder seine Familie bei Berücksichtigung seiner gesamten persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse eine besondere Härte bedeuten würde. Ueber die Erlassung entscheidet der Rat. § 4. Der in § 1 vorgesehene Hundertsatz ermäßigt sich von selbst um soviel, als sich die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus bei einer etwaigen Minderung der Reichs- und Landesgesetze zugunsten des Landes, der Gemeinde oder einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft erhöht. § 5. Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1922 ab in Kraft. — Herr Bürgermeister Dr. Scheider führte hierzu aus, durch Reichs- und Landesgesetz sei bestimmt, daß zu der von den Ländern zu erhebenden Wohnungsbaubauabgabe von 25 Prozent die Städte einen Zuschlag von 25 Prozent zu erheben hätten. Die dadurch aufzubringenden Mittel sollten dazu dienen, das Kapital für den Wohnungsbaubau aufgenommen werden könnten. Den Gemeinden sei aber nachgelassen, den von ihnen zu erhebenden Zuschlag von 25 Prozent auf 75 Prozent zu erhöhen, und von dieser Möglichkeit hätten schon fast alle Gemeinden Gebrauch gemacht, die unter großer Wohnungsnot zu leiden hätten. Auch wir würden es nicht verantworten können, wenn wir zur Minderung unserer Wohnungsnot nicht alle gegebenen Möglichkeiten ausschöpfen würden. Herr Vorst. Meinde erklärte noch, daß diese Abgabe nicht von der gegenwärtigen Höhe, sondern von der Friedenshöhe erhoben werde. Das Kollegium stimmte der Vorlage zu.

Ein weiterer Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung betr. die Erhebung einer Sozialabgabe. Der Nachtrag lautet: § 1. Die von der Stadtgemeinde Riesa für die soziale Fürsorge aufzuwendenden Mittel sind in dem Rechnungsjahre 1922/23 teilweise durch eine einmalige Abgabe (Sozialabgabe) auszubilden. Die Erhebung der Abgabe erfolgt in 2 Raten. Die von Rate zu bestimmen sind. § 2. Abgabepflichtig sind 1. alle diejenigen natürlichen und juristischen Personen, die im Stadtbezirk Riesa anders Personen gegen Vergütung (Lohn, Gehalt, Gratifikation, Umsatz- und andere Provision, Kontingente, Naturalleistungen) beschäftigt (Arbeitgeber), 2. als die-

jenigen Personen, die Veranlassungsempfänger sind, soweit sie im Stadtbezirk ihren Wohnsitz haben (Arbeitnehmer). Der Abgabe unterliegt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gesamte Betrag der Vergütung. § 3. Die Abgabe ist zu entrichten von dem auf volle Tausend Mark nach unten abgerundeten Gesamtbetrag der empfangenen Gesamtveranlassungen. Sie beträgt für die Arbeitgeber 1, für die Arbeitnehmer 0,2 Prozent der Gesamtveranlassungen. § 4. Der Veranlassung werden diejenigen Beträge zugrunde gelegt, die in dem Kalenderjahr 1922 gewährt bzw. empfangen worden sind. § 5. Für die Bewertung der Naturalleistungen gelten die vom Landesfinanzamt Dresden für den Steuerabgaben festgesetzten Preise. § 6. Von der Abgabe befreit sind das Reich, die sächsische Staat und die Gemeinde, sowie diejenigen Vereinigungen, die ausschließlich der sozialen Fürsorge dienen. § 7. Eine Abwägung der Abgabe auf die Bedürfnisse der Veranlassungen ist verboten. § 8. Die Rechtsmittel — Nachzahlungs- und Verjährungsvorschriften — in den §§ 43 bis 54 und die Strafvorschriften in den §§ 55 bis 60 des Gemeindesteuergesetzes in der Fassung vom 20. Oktober 1920 — G. V. Bl. S. 431 — finden entsprechende Anwendung. § 9. In Fällen, in denen die Entrichtung der vollen Abgabe für den Abgabepflichtigen eine besondere Härte bedeuten würde, können auf Antrag durch den Rat Teilzahlungen eingeräumt oder teilweise oder völliger Erlass der Abgabe gewährt werden. § 10. Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1922 ab in Kraft. Der Bürgermeister Dr. Scheider führte hierzu u. a. aus, daß die Sozialabgabe notwendig geworden sei infolge des Anwachsens unserer sozialen Lasten. Was auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege gefehlt habe, könne mit den Mitteln des Wohlfahrtsvereinsverbandes nicht geleistet werden. Weitere Ausgaben erforderten noch die Jugendwohlfahrtspflege und die Linderung der Not der Klein- und Sozialrentner. Auch der Etat unseres Fürsorgeamtes sei so gänzlich angeschwollen, daß die Einführung neuer Steuerquellen notwendig sei. Wie seien infolgedessen gezwungen, auf die Sozialabgabe zurückzugreifen. Es sei zu hoffen, daß der Reichsfinanzhof dem Einspruch des Reichsfinanzministeriums gegen die Sozialabgabe nicht stattgeben werde. Eine Gewerbesteuer sei die Sozialabgabe deswegen nicht, weil sie nicht nur das Gewerbe treffe, sondern auch die Arbeitnehmer und Hausangehörigen. Das sächsische Ministerium erhebe gegen die Sozialabgabe keinen Einspruch mehr. Der in die Bestimmungen aufgenommenen sog. Härte-Paragraf werde es ermöglichen, daß etwa sich ergebende Härten beseitigt werden könnten. Das soziale Mitgefühl mit den vom Erwerb ausgeschlossenen Mittelschichten lasse erwarten, daß man die Sozialabgabe mäßig auf sich nehme. Sie sei ein Notbehelf, dessen wir uns nur bedienten, weil ein anderer Ausweg sich nicht bieten. Sie werde vorläufig nur auf ein Jahr erhoben. Herr Vorst. Meinde erklärte, daß die Rechte in dem vorliegenden Entwurf viele Unklarheiten und Mängel fänden, und infolgedessen ohne weiteres nicht zustimmen könne. Da aber die Sozialabgabe nur für dieses Jahr erhoben werden solle, werde sich die Rechte mit ihr abfinden. Wenn man späterhin darauf kommen sollte, sie weiter zu erheben, dann erwarte seine Fraktion, daß die Sozialabgabe nicht wieder in der jetzigen Form übernommen werde, sondern dem Kollegium erneut Gelegenheit gegeben werde, Stellung zu nehmen. Wie sei es dann, wenn ein Lohnempfänger von vier verheiratet. Müßten er und der Arbeitgeber dann die Sozialabgabe bezahlen? Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß der Arbeitnehmer die ganze Summe dann nicht zu entrichten habe, der Arbeitgeber aber in dem Falle, wenn er den abgehenden Arbeitnehmer durch einen anderen ersetzt. Herr Vorsteher Günther erklärte, daß den Arbeitnehmern die Zustimmung zu der Sozialabgabe nicht leicht geworden sei, weil sie diejenigen seien, die bei dem großen Steuerabgaben die Leidtragenden machten (Steuerabgaben). Die Not sei aber so groß, daß geklopft werden müsse. Die Vorlage wurde hierauf angenommen.

Schließlich hatte das Kollegium noch eine Entscheidung wegen Einführung einer Sanatoriumsteuer zu treffen. Der hierüber aufgestellte 18. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung besagt: 1. § 72b Absatz 4 der Gemeindesteuerordnung in der Fassung des XII. Nachtrags vom 9. November 1921 wird aufgehoben. An dessen Stelle treten folgende Bestimmungen: Zu den Sähen in Absatz 1 tritt für die in § 71 Absatz 2 unter II 1 angeführten Sanatoriums- und Maschinenwerke ein Zuschlag von 30 Mk. für jede Sanatoriums- und Maschinenwerke von 2,00 Mk. Ist der Zutritt unentgeltlich, so wird der Zuschlag allein erhoben. Wird bei diesen Veranstaltungen ein besonderer Betrag für Beteiligung am Tage erhoben, so erhöht sich der Zuschlag um 5,00 Mk. bei unentgeltlichem Zutritt, um 3,00 Mk. bei einem Eintrittspreis bis zu 3,00 Mk. und um 2,00 Mk. bei einem Eintrittspreis von über 3,00 Mk. 2. Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft. — Der Nachtrag wurde angenommen.

Die Rechnungen der Sparkasse und der Girokasse auf 1921 wurden richtigesprochen.

Herr Oberkassier Georg Hoppe, der anstelle von Frau Schlimper ins Stadtverordnetenkollegium eintritt, hat, bittet, ihn aus dienlichen Gründen von dem Amte zu entbinden. Ebenso hat Herr Kaufmann Winterer erklärt, aus geschäftlichen Gründen die Wahl in den Schulausschuß nicht annehmen zu können. Das Kollegium lehnte beide Besuche ab, da die darin angeführten Gründe nicht als stichhaltig anerkannt wurden.

Die den Schulhausleuten für das Reinigen und Ausbessern der Haus- und Wächteranerkannte Kaufverpflichtung soll ab 1. April 1923 gesahet werden. Herr Bürgermeister Meinde machte darauf aufmerksam, daß der Schulhausmann der Knaben- und Mädchen-Entschuldigungsbezüge als der Schulhausmann der Alberschule, obwohl die Wandtücher in der Knabenschule nicht so oft gewechselt

würden wie in der Alberschule. Diese Ungleichheit möchte beseitigt werden. Herr Vorsteher Günther erklärte, daß dem Wunsch vielleicht bei einer Neuordnung Rechnung getragen werden könne.

Herr Stadtrat Meinde bemerkte, daß die von ihm seinerzeit über Herrn Polizeioberinspektor Böhld aufgestellten Behauptungen gegenstandslos geworden seien, da die Untersuchung ihre Richtigkeit nicht ergeben habe. Sein Gewährsmann habe nicht standgehalten. Diese Erklärung des Herrn Meinde bezog sich auf Ausführungen, die er in der Sitzung vom 22. August, in der die Ueberstundenbezahlung der Polizeibeamten zur Beratung stand, gemacht hatte. Er hatte damals u. a. geäußert, die Polizeileute würden durch Herrn Polizeioberinspektor Böhld schlimmer als die Rekruten behandelt, und am Tage nach dem Mathesamord hätte er, auf den Tisch schlagend, geäußert: Jetzt gehen andere Reiten los.

Herr Stadtrat Meinde weist darauf hin, daß der Milchpreis die Öffentlichkeit sehr beschäftige. Im amtshauptmannschaftlichen Bezirk sei der Milchpreis immer um 10 Mark niedriger wie in Riesa. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß es einen Höchstpreis für Milch nicht gebe. Die sächsische Regierung müsse, wenn es nicht für ganze Reich geche, einen solchen nicht festsetzen, weil sonst die Milch aus Sachsen abwandern würde. In Sachsen würde der Milchpreis durch die Kommission des Landwirtschaftlichen Landesverbandes festgelegt. Der Hauptfehler bei der letzten Milchpreisfestsetzung sei gewesen, daß man in sprunghaft einen Rückgang in der Preisbemessung habe ausgleichen wollen. Im Großenhainer Bezirk, ebenso im Pöbauer, sei gegen den neuen Milchpreis in der bekannten Weise vorgegangen worden. Der Milchpreis sei im Großenhainer Bezirk stets niedriger gewesen, wie in Riesa, infolge dessen müsse der Abstand auch jetzt eingehalten werden. Bedauerlich sei, daß bis heute seitens der Landesregierung in der Milchpreistrage nichts gesehen sei. Das Wirtschaftsministerium sei gebeten worden, die Preise einheitlich für das ganze Land zu regeln. Es könne seinem Produzenten zugemutet werden, daß er lediglich deshalb, weil er im Großenhainer Bezirk anfängig sei, seine Produkte schlechter verkaufen solle, als die Produzenten im ganzen übrigen Lande. Die Frischmilch müßten wir im Interesse der Säuglinge haben, wenn sie feile, so sei das bedauerlicher, als wenn wir sie teuer bezahlen müßten. Herr Stadtrat Schneider erklärte, daß bei dem jetzigen Preise weiten Kreisen es nicht möglich sei, die Frischmilch für die Säuglinge zu kaufen. Die Milchpreise müßten daher so niedrig wie möglich gehalten werden. Wenn die Ruhe aufrecht erhalten werden solle, dann müsse auf allen Gebieten der Handel überwacht und die Preissteigerungen verhindert werden. Herr Stadtrat Schinkel bemerkte, die Kommission habe den Preis auf 115 Mark festgesetzt gehabt, die Molkerei aber habe 128 Mark verlangt. Herr Stadtrat Meinde behauptete, die Molkerei habe die Produzenten aufgefordert, ihre Produkte so hoch wie möglich zu verkaufen. Herr Stadtrat Thomae erwiderte, daß die Riesauer Produzenten gegen die hohen Milchpreise Stellung genommen hätten. Im Verhältnis zum Kraftfutterpreis sei der Milchpreis nicht zu hoch. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, der von Herrn Schinkel genannte Preis von 115 Mark sei der Erzeugerpreis, zu dem noch der Zuschlag für molkeereimähtig behandelte Milch komme. Infolgedessen sei der Preis von 128 Mark richtig gewesen. Die erste Verwaltungsbehörde, die auch auf anderen Gebieten des Handels die Preise überwachet habe, sei vielleicht Riesa gewesen. Von der Arbeit der hier gebildeten Ueberwachungsbehörde könne man sich in den Akten überzeugen. Die Verteuerung der Produkte geche aber meistens nicht beim Kleinhandler, sondern an anderen Stellen. Die Bestimmungen über den Ausmaß der Preise sei in einer Bekanntmachung erneut eingeführt worden. Herr Stadtrat Johner meint, daß die Molkereieinrichtungen nicht voll ausgenutzt würden. Sogar müßte die Milch billiger sein. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß die Spesen für molkeereimähtig behandelte Milch tatsächlich sehr hohe seien und daß s. B. heute auf 300 Liter Milch dieselben Spesen entfielen wie früher auf 1000 Liter. Herr Vorsteher Günther führte noch an, daß bei der letzten Preissteigerung 20 Personen ihre Milch in der Molkerei nicht abgeholt haben sollten. Dadurch sei bewiesen, daß wir für die Bewirtschaftung dieser Produkte die Zwangsverpflichtung brauchen.

Herr Vorst. Günther brachte ferner noch zur Sprache, daß die Schulhausleute von Gruppe 3 nach Gruppe 2 der Verwaltungsordnung zurückversetzt worden seien, und daß ferner der Rat es abgelehnt habe, der hiesigen Ortsgruppe des Bundes entschiedener Schulreformer ein Schulzimmer zur Verfügung zu stellen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß hinsichtlich der Zurückversetzung der Schulhausleute nicht anders verfahren werden könnten. Die Gesuche um Ueberlassung von Schulräumen hätten sich so gehäuft, daß der Rat endlich einmal einen Schlußhaushalt machen müsse. Herr Vorst. Günther konnte dieser Stellungnahme des Rates nicht beitreten. Die Bestimmungen des Bundes entschiedener Schulreformer seien nicht minder wichtig wie s. B. die des Chorvereins, dem auch die Aula der Oberrealschule überlassen worden sei. Die Schulräume sollten entweder allen Vereinen, die kulturellen Zwecken dienen, zur Verfügung gestellt werden, oder aber allen Vereinen gespart werden. Herr Stadtrat Schinkel behauptete, daß Schulräume auch religiösen Vereinigungen zur Verfügung gestellt würden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß ihm davon nichts bekannt sei. Die Aula der Oberrealschule sei nicht nur dem Chorverein überlassen worden, sondern auch dem Verein für Volkshilfe und Kunstpflege.

Herr Stadtrat Schneider brachte erneut die Frage der Uebernahme des Beerichtigungswesens in Rädliche Reale zur Sprache. Ferner wünschte er, daß

Die Kontrolle der Tanzkarten in geschlossenen Gesellschaften wird strengere in Aussicht genommen und nicht durch solche in Uniform. Herr Bürgermeister Dr. Schreiber erklärte, wenn diesem Wunsch Rechnung getragen werden sollte, dann müßten dienstfreie Schulkinder zu diesem Dienst herangezogen werden. Herr Vorh. Günther meinte, im Berücksichtigungswesen müsse etwas geschehen. Die Kosten für einen Berg seien heute so hoch, daß viele Familien durch einen Todesfall der wirtschaftlichen Vernichtung ausgesetzt würden.

Herr Stadiv. Schumann II kam nochmals auf die Frage der Ueberlassung von Schulräumen an Vereine zu sprechen und suchte der Auffassung entgegenzutreten, als ob der Rat hierbei einseitig gehandelt habe. Der Rat könne natürlich nur Schulräume zur Verfügung stellen, wenn welche frei seien. Daß die Ablehnung auch den Verein entscheidender Schullehrer betroffen habe, bedauere er aufrichtig. Vielleicht könne der Rat in diesem Falle eine Ausnahme machen. Herr Vorh. Günther erwiderte, Räume seien vorhanden, er sei auch nicht dafür, daß nur mit dem Verein entscheidender Schullehrer eine Ausnahme gemacht werde, sondern alle Vereine, die kulturelle Zwecke verfolgten, sollten Schulräume erhalten.

Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

Raninchen-Ausstellung. Die am Sonntag im Saale des Schöngartenhauses stattfindende Raninchen-Ausstellung umfaßt über 400 Nummern Raninchen und verschiedene Produkte. Die Anmeldungen sind sehr zahlreich eingegangen. Ein Besuch der Ausstellung ist bestens zu empfehlen. Auch die am Freitag stattfindende Prämierung ist öffentlich und kann besucht werden.

Diebstähle. Am 23. Nov. vormittags in der neunten Stunde ist aus dem Hansarundblick Raubkoffer, 11 ein Herrenrad (Marke unbekannt, Nr. 14390, fast neue Summibereifung, schwarzer Rahmenbau, vernickelte, hart verchromte Ventile, ebensolche Speichen, brauner Lederattel, Wert 30000 Mk.), gestohlen worden. — Am 4. d. Mts. ist vor der Gaskochhaus „Goldener Engel“, Poppliner Straße, von einem dort stehenden Geschirre ein grauer Wollack im Werte von 5000 Mk. und am 21. d. Mts. ebenfalls von zwei Geschirren je eine graue Pferdedecke im Gesamtwert von 3000 Mk. gestohlen worden. Sachdienliche Mitteilungen an die Polizei erstehen. Der Beschädigte hat für Wiedererlangung der gestohlenen Sachen 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Theateraufführung. Totensonntag will uns die Direktion des Schauspielhauses mit Sandermanns Schmetterlingsnacht, Schauspiel in 4 Akten, bekannt machen. Die Hauptdarsteller sind Mitglieder des sächsischen Staatstheater und hier sehr beliebt und bekannt. Mit dem Schauspiel die Schmetterlingsnacht hat Sandermann seinen Ruf befestigt. Er schildert hier eine fordernde Mutter, die arbeitet und rinnt, um ihren 3 Töchtern zum Glück zu verhelfen. Echt und lebenswahr stehen die Personen vor uns, die Namen der Darsteller bürgen für einen Erfolg. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Eine wundervolle Kellerfeier — wenn sie auch nicht so genannt war — bot der Beantwortein Rauchkammer am Freitagabend im Bettiner Hof seinen Mitgliedern und Gästen. Er hätte dazu seinen Berufeneren finden können als Friedrich Lindner vom Schauspielhaus in Dresden. Vielen Mitgliedern als bedeutender Schauspieler mit glänzender Sprachkunst und einer seltenen Gabe der Erinnerungskraft bekannt, hat er eine der bedeutendsten Werte des großen Schauspielers mit all seiner Kunst lebendig gemacht. Es gibt ihm mittelbarer wirkende Novellen Gottfried Kellers als „Die drei geredeten Kammer“. Aber der Dichter hat die selbst als den Bräutigam für das Verständnis seiner Eigenart bezeichnet. Es gibt in der Tat Literaturfreunde, die sich in Kellers Humor nicht recht hineinfinden können. All denen möchte man wünschen, sie könnten J. Lindner die „Kammer“ vermitteln hören und sehen. Trotzdem er offenbar durch die Beleuchtung auf der Bühne etwas behindert wurde, entfaltete er den ganzen Reichtum seiner wunderschönen Sprach- und Charakterisierungskunst. Nebenbei in der Kleinmakerei, wie sich das bei Keller so gehört, brachte er mit feurigem, dramatischem Drauflosgehen die Rührung des Lesers, den Weltlauf Jockhs und Fridolin, zu erschütternd-komischer Wirkung. Offenbar ist es dem Beantwortein Rauchkammer auch weiterhin möglich, seinen Mitgliedern und Freunden Ausführungen von so herporragender künstlerischer Höhe wie der unergieblichen Wiede-Abend im vorigen Winter und der eben besprochene Lustabend zu bieten.

Reingewinn eines Wohltätigkeitsfestes. Das von der „Sächs. Friedrichs-Hilfsverein, Zweigverein Niesitz, abgehaltene Wohltätigkeitsfest zum Besten der Sozial- und Kleinrentner erbrachte einen Reingewinn von 12 251,90 Mk. Richtiglich hat der Verein 160 Renten Kartons zu 86 Klein- und Sozialrentner verteilt; die Kosten hierfür betragen über 20 000 Mk. Der obengenannte Reingewinn ist dazu mit verwendet worden; die fehlende Summe hat der Verein aus seiner Kasse gedeckt. N-r.

Personendampfer-Fahrten. Kommen Sonntag verkehrt ein Personendampfer 11 Uhr vormittags von Dresden nach allen Stationen bis Niesitz und zurück nach allen Stationen bis Niesitz. Ab Niesitz nachm. 3.30, in Niesitz abends 6.15. In der kommenden Woche werden auf der Strecke Dresden-Niesitz folgende Fahrten ausgeführt: Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag 11 Uhr vorm. ab Dresden nach allen Stationen bis Niesitz. Montag früh 7 Uhr ab Niesitz nach allen Stationen bis Dresden. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vorm. 9.35 von Niesitz nach allen Stationen bis Dresden. Auf der Strecke Dresden-Schönau-Niesitz-Leitmeritz verkehren die Dampfer bis auf weiteres noch täglich nach Maßgabe des seit 2. Oktober ds. Js. in Kraft befindlichen Fahrplans. Wilde Witterung vorausgesetzt, wird der Betrieb noch bis einschließl. Sonntag, den 3. Dezember fortgesetzt und an diesem Tage abends auf der ganzen Strecke Leitmeritz-Niesitz eingestellt.

Gebt billige Milch! Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Milch ist zurzeit im ganzen Reich eine freie Ware, weshalb sich der Milchpreis auf dem freien Markt bildet. Um das Tempo der Steigerung des Milchpreises tunlichst zu verlangsamen und im Gebiete des Preisrautes Sachien auf eine möglichst einheitliche Bildung des Milchpreises zusammenzuführen, ist beim Milchwirtschaftlichen Landesverband eine Preisfestsetzungskommission gebildet worden, bestehend aus Vertretern, Gänzlern, Molkevereinhabern und Vertretern der Landespreisprüfungsstelle. Die Kommission ist nicht amtlich, die Regierung ist in ihr nicht vertreten, sondern ihre Vertreter nehmen nur an den meisten Sitzungen teil. Um informiert zu sein und zweitens den Versuch zu machen, nützlich auf die Preisbildung einzuwirken. Schon seit längerer Zeit hat sich der Vertreter des Wirtschaftsministeriums mit den Festsetzungen der Kommission nicht einverstanden erklären können, weshalb das Ministerium, wie bereits angekündigt wurde, jetzt den Gehalten der Festsetzung eines Höchstpreises ernstlich entgegnet. Die Entscheidung soll darüber fallen, wenn das vom Ministerium eingesendete Gutachten der Verbraucher-Kammer vorliegt wird. Aus dem Bezirk Großenhain wird nun dem Wirtschaftsministerium gemeldet, daß dort die Landwirte erklärt hätten, sie seien selbst mit der Preisfestsetzung der Kommission nicht mehr einverstanden, die Preise seien auch nach ihrer Meinung viel zu hoch. Das Ministerium legt deshalb Wert darauf, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß jeder Landwirt das Recht hat, die Milch billiger abzugeben, als in jeder Preis, der unter den

Notierung der Kommission liegt, zulässig. Auch die Landwirte im Großenhainer Bezirk sind daher in der Lage, ihre Milch so billig abzugeben, wie das nach ihrem Dafürhalten den Verbrauchern gegenüber gerecht wäre. Der Verbraucher muß auch mitgeteilt werden, daß nicht etwa die Landwirte im allgemeinen den von ihren Vertretern festgesetzten Milchpreis für zu hoch halten. Im Gegenteil hat die Landespreisprüfungsstelle in letzter Zeit eine Anzahl Landwirte der Staatsanwaltschaft angezeigt müssen, die mit dem Kommissionspreis nicht zufrieden waren und weit mehr gefordert hatten. Im übrigen ist dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt worden, daß der Beschluß des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Großenhain in die Milchpreisbildung nur Vermittlung gebracht habe. Wenn das Ministerium diesen Beschluß trotzdem begrüßt, so deshalb, weil es hofft, daß wenigstens aus dem Großenhainer Bezirk durch die Einsicht der dort anlässigen Landwirte nun die Milch zu angemesseneren Preisen als bisher im allgemeinen abgegeben werden wird. Vielleicht findet dann dieses Beispiel bei den Landwirten in ganz Sachien rühmliche Nachahmung. Einer solchen Hoffnung steht allerdings die Tatsache gegenüber, daß gerade die Milchlieferungen nach den entfernteren Orten aus dem Großenhainer Bezirk nach Mitteilungen der Landespreisprüfungsstelle in letzter Zeit ziemlich stark abgenommen sind.

Juckerzucker. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Fortgesetzte Klagen über mangelhafte Juckerzuckerlieferung geben Veranlassung, nochmals auf folgendes hinzuweisen: Dem Lande ist zwar eine Mundzuckermenge überwiesen, die für die Zeit bis Ende November die Abgabe von 3 Pfund je Kopf der Bevölkerung gestattet. Diese Menge ist auch von den Fabriken abgenommen worden und in den Handel gelangt. Bei strenger Regelung könnte deshalb jeder Verbraucher 3 Pfund Mundzucker erhalten. Sicherheit für ordnungsmäßige Versorgung und eine Gewähr dafür, daß jeder auch wirklich seinen Jucker bekommt, bietet jedoch einzeln und allein die Juckerkarte. Diese vor dem 1. Dezember wieder einzuführen ist aber bei der Kürze der Zeit seit der Neuregelung der Mundzuckerlieferung durch das Reich aus technischen Gründen unmöglich gewesen. Für die Zeit bis zum 30. November mußte sich deshalb das Wirtschaftsministerium wohl überlassen mit einer ganz losen Regelung begnügen. Damit war — nach Lage der Dinge unvermeidbar — von vornherein eine reibungslose Versorgung der Bevölkerung in Frage gestellt. Wenn a. B. auf der einen Seite von gemischten Verbrauchern gehandelt wird, muß auf der anderen Seite der Jucker fehlen. Daraus dem Handel, sei es dem Klein- oder dem Großhandel, den Vorwurf zu machen, daß er den Jucker zurückhalte, wäre ungerechtfertigt. Mehr Jucker, als er selbst zu beziehen in der Lage gewesen ist, kann der Handel nicht ausgeben. Für die Schwierigkeiten und Unfuglichkeiten, die sich beim plötzlichen Uebergang von der freien zur gebundenen Wirtschaft notwendig ergeben, darf von der Verbraucherschaft Verständnis erwartet werden. Nicht der Verbraucher ist es, Fälle von tatsächlich nachgewiesener Zurückhaltung von Jucker durch den Handel oder des Hanserums durch einzelne Verbraucher bei den zuständigen Stellen (Stadtrat, Amtshauptmannschaft, Preisprüfungsstelle) zur Anzeige zu bringen. Diese werden dann für Abhilfe sorgen und sind angewiesen, rücksichtslos einzuschreiten. Leider aber scheint sich die Beobachtung, trotz aller behördlichen Hinweise, vor Anzeige einzelner Fälle, durch die sie allein an der Aufhebung und Befolgung von Ordnungswidrigkeiten mitwirken könnte, und ergreift sich um so mehr in allgemeiner gehaltenen Beurteilungen der vermeintlichen Unwesenmächtigkeit behördlicher Maßnahmen und Vorwürfen gegen einzelne Berufstände, die ebenso unangemessen wie ohne praktischen Erfolg sind. Uebrigens haben auch andere Länder, z. B. Preußen, die Juckerkarte erst am 1. Dezember ab einführen können, und auch dort hat die diesbezügliche Regelung gewiss eine losere Regelung die gleichen Uebelstände im Gefolge, wie in Sachien.

Der Sächsische Landbau gegen die Milchpreisfestsetzung der Amtshauptmannschaft Großenhain. In seiner am Mittwoch in Dresden abgehaltenen Vertreterversammlung hat der Landbau zu dem Verlangen der Amtshauptmannschaft Großenhain in der Frage der Milchpreisfestsetzung folgende Erklärung beschlossen: Der Sächsische Landbau erhebt entschieden Einspruch gegen das Vorgehen der Amtshauptmannschaft Großenhain über die Milchpreisfestsetzung. Der Landbau ist der Ueberzeugung, daß der vom Milchwirtschaftlichen Landesverband im Beisteh der Vertreter vom Wirtschaftsministerium nach vorheriger Verständigung auf Grund der Butterpreise festgesetzte Milchpreis angemessen und für die Landwirte allein bindend ist. Hierzu ist zu bemerken: Die Amtshauptmannschaft Großenhain begründet ihre Maßnahme gegen die Milchpreisfestsetzung durch den milchwirtschaftlichen Landesverband damit, daß dieser Verband den Milchpreis bisher monatlich, später halbmonatlich unter Zugrundelegung des in den vier, später in den zwei der Milchpreisfestsetzung vorangegangenen Wochen in Berlin amtlich notierten Butterpreises festsetze. Diese amtlichen Butternotierungen in Berlin werden aber von den Händlern und Preis treibern der Reichshauptstadt beeinflusst und es könnte nicht angängig sein, daß das industrielle Sachien mit seiner ausgesprochen armen Bevölkerung sich einfach einem auf solcher Grundlage zustande gekommenen Preisdictat zu fügen habe, vor allem nicht im Bezirk Großenhain, wo die Milchtransportkosten wesentlich geringer seien, als in den Großstädten. Die Amtshauptmannschaft hat sich solcher, von privater Seite diktiert Butterpreise entgegengestellt und dabei auch die Zustimmung des einsichtigeren Teils der Landwirtschaft gefunden. Die Stellungnahme der Amtshauptmannschaft richtet sich nicht gegen die Landwirte im Bezirk selbst, sondern gegen das Bestehen einer privaten Stelle, von der die Preisfestsetzung für das ganze Land ausgehen soll. Der gegenwärtig in der Amtshauptmannschaft festgesetzte Milchpreis von 85 Mark im Reichsbandel dürfte in Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse sehr wohl als angemessen zu betrachten sein. (Gr. Tabl.)

Die neuen Tarifverordnungen bei der Eisenbahn. Wie aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, haben die Ermittlungen der letzten Tage über die voraussichtlichen Ausgaben der Reichsbahnen im November und Dezember zu dem Ergebnis geführt, für die Wätertabelle zum 1. Dezember eine Erhöhung um 150 Prozent eintreten zu lassen. Bei der Erhöhung der Personentaxe am 1. Dezember bleibt es bei der bereits früher angekündigten Steigerung der Fahrpreise um 100 Prozent.

Großenhain. Zu der vom Wohlhabendste der Amtshauptmannschaft Großenhain unternommenen Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung hat Herr Kammerherr von Burg auf Schönfeld in hochherziger Weise 500 000 Mk. spendet, außerdem hat auch die Großenhainer Gesellschaft in Grotto die Zurechtweisung von großen Mengen Leinwand in dankenswerter Weise in Aussicht gestellt. Auch die in den Landorten eingeleitete Sammlung läßt schon jetzt erkennen, daß aller Voraussicht nach das Ergebnis ein sehr gutes sein wird. — Der Stadtrat hat von der Wittigungsverwaltung Glaubig ein größeres Quantum Kartons, 200 Jentner, zum Verkaufspreis von 200 Mk. für den Jentner, in Aussicht gestellt bekommen. Von dieser Menge können nur Kleinrentner und Kriegsghinterlebende bedacht werden.

Dresden. Die Zahl der aus Anlaß des Unruhen in Dresden vollständig festgenommenen ist inzwischen auf 87 angewachsen. Darunter befinden sich mehrere, die wegen Blänberns, andere, die wegen verbotenen Waffentragens, wegen Körperverletzung, wegen Erpressung, wegen Aufregung usw. festgenommen werden mußten. Die meisten von ihnen sind der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Die n. a. zwischen Rat und Schöngarten, eine der ärgsten des Landes, besteht schon seit längerer Zeit ein Rechtsstreit wegen Ausbeutung der auf alten Brücken bestehenden sogenannten „Beneckengelder“ in Höhe von 225 Mark für das Jahr. Ein vom Landesgericht Dresden verkündetes Urteil geht nun dahin, daß diese Gelder der Gilde zu zahlen sind. Der Belamtrat hat jedoch beschlossen, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen, womit sich jetzt auch die Stadtverordneten einverstanden erklärt. Der Streit geht also weiter.

Chemnitz. Der am Donnerstag morgens 5.07 Uhr in Chemnitz ausgegangene Zug D 115 überlieferte kurz hinter Büthenbrand seine Vorpannlokomotive. Die Münchner Schnellzüge fahren in der Regel bis Büthenbrand mit Vorpann, wo diese Maschine abgekoppelt wird. Die Vorpannlokomotive wurde sehr schwer beschädigt, der Vorkwagen des Zuges einseitig. Auch die Schnellzuglokomotive erlitt Beschädigungen. Durch den Zusammenstoß wurden, wie dem „S. R. N.“ gemeldet wird, die Insassen hart durcheinander gemorren. Elf Personen wurden leicht verletzt. Der Zug trat mit vierstündiger Verspätung vormittags 9 Uhr auf dem Chemnitz-Dauersdorfer ein. Auch die ersten Morgenzüge auf der Strecke Chemnitz-Hohenstein-Ernstthal-Glauchau erlitten Verspätungen.

Lüneburg. In der Familie eines hiesigen Einwohners kam es am Freitag zwischen den Eltern und den beiden Söhnen zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der eine Sohn auf Vater und Mutter Schüsse abfeuerte, glücklicherweise ohne zu treffen. Beide Söhne kamen in Haft.

Wilmanns. In der letzten Bezirksauswahlung betraf ein Punkt die Berechtigung von Mitteln für die Klein- und Sozialrentner. Es wurde beschlossen, zu dem von Reich überwiesenen Mitteln Zuläufe in Höhe von 50 Prozent aufzubringen und zwar zunächst durch die für solche Zwecke bereits bemittelten 2 Millionen Mk. Obenüber dem Anfinnen der Reichsregierung, solche Zuläufe dauernd zu übernehmen, wurde jedoch mit allem Nachdruck betont, daß Bezirksverbände und Gemeinden bei der Beschaffung aller wesentlichen Steuerquellen durch das Reich nicht mehr in der Lage sein werden, laufend derartige Verpflichtungen zu übernehmen, daß vielmehr das Reich den Gemeinden und Gemeindeverbänden dasjenige Einkommen der Freiheit in der Ermöglichung von Steuerquellen einräumen muß, das allein wirkliche Selbstverwaltung, getragen von Selbstverantwortung, zu gewährleisten vermag.

Leipzig. Entweder in der Nacht zum 22. oder in der zum 23. November sind durch Einbrecher aus einem Rauchwarengeschäft Rauchwaren, teils roh, teils zugerichtet, im Werte von über 5 400 000 Mark gestohlen worden. Für die Wiederbeschaffung der Waren wurde eine Belohnung von bis zu 5 400 000 Mark ausgesetzt.

Leipzig. Die Sonderzüge, die der Verkehrsverein Leipzig in diesem Sommer fahren ließ, sind so stark benutzt worden, und es sind dem Verkehrsverein so viel Wünsche für Einrichtung weiterer Sonderzüge gegangen, daß er sich zu dem Versuch veranlaßt sieht, auch im Winter einige Sonderzüge zu fahren. In Aussicht genommen sind folgende Züge. Nach Braunlage am Sa. 2. Tägig, nach Oberboji (Büdingen), nach Krummhübel (Miesengebirge), 2 Tägig, nach Schönb. (S. B.), nach Johanneberge, 2 Tägig, nach Oberboji, 2 Tägig. Die Anträge für diese Züge sind den betreffenden Eisenbahndirektionen eingereicht, nähere Einzelheiten werden so bald wie möglich bekanntgegeben.

Leipzig. Auf Seehausener Feuer ist am Abend des 18. d. Mts. eine dicht bei dem Dorfe Seehausen gelegene Feldscheune mit samt dem Inhalt, in Wallen geprehtes Stroh im Werte von etwa 18 Millionen Mark, niedergebrannt. Die kriminalpolizeilichen Erörterungen haben, wie die „L. R. N.“ melden, ergeben, daß wahrscheinlich nicht vorläufige, sondern länderliche Brandstiftung vorliegt. Die Scheune war mit einer Zinkdachrinne und einer Anzahl Abfallkisten versehen. Kurz vor Ausbruch des Brandes hat nun ein Dieb diese Dachrinne zum Teil entfernt, mutmaßlich mit Hilfe einer Laternlampe in Teile zerlegt und ist dabei wahrscheinlich dem Stroh mit der Laternlampe zu nahe gekommen, da das Stroh bis unter das Dach verstaubt war. Diese Vermutung findet Begründung in aufgehenden Teilen der Zinkdachrinne, die außer irdischen Schnittflächen auch aufgeschmolzene Mäße aufwies und vom Later beim Ausbruch des Feuers im Stroh gelassen worden sind. — Am 22. d. Mts. ist in der Fabricstraße eine 68-jährige Arbeiterbefrau durch Gasvergiftung tödlich verunglückt. Sie hatte auf dem Gastofen Essen zubereiten wollen und war, während dieses überlachte, von Müdigkeit überwältigt, auf einem Sofa in der Küche eingeschlafen. Die übergelassene Flüssigkeit hatte die Flamme verläßt und durch das weiter austretende Gas war die bedauernswerte Frau bewußtlos geworden. Kurz nach ihrer Auffindung ist sie gestorben. — Am 22. d. Mts. ist eine in einer Wollfabrik in der Diestaustraße beschäftigte 43-jährige Frau in den im Gange befindlichen Reihwolff geraten, wobei ihr der linke Arm herausgerissen worden ist. Kurze Zeit darauf ist die Verunglückte gestorben.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. November 1922.

Maßregelungen von Beamten der Oberpostdirektion Nürnberg.

Berlin. Zu der Maßregelung von Beamten der Oberpostdirektion Nürnberg machte die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz folgende erregende Mitteilungen. Danach handelte es sich um die Postinspektoren Amthor und Dürrbeck und Oberpostsekretär Jodler. Diese seien in einem Artikel benannt worden, der in die Hände des Reichspräsidenten gelangt sei. Das Reichspostministerium sei zu der Entscheidung gekommen, daß gegen Amthor und Dürrbeck keine und gegen Jodler keine höhere Grundlage für ein erfolgreiches Disziplinarverfahren vorliege. Dienstverfehlungen seien durch ein Ordnungsmäßigungsverfahren geahndet worden. Diese Erledigung sei durch den Reichspräsidenten mißbilligt worden.

Die Vorgänge in der Bayerischen Mittelpartei.

München. Die Parteileitung der Bayerischen Mittelpartei erläßt eine ausführliche Erklärung zu den letzten Vorgängen innerhalb der Partei und kommt zu dem Schluß, daß nach dem Nürnberg Parteitag und den dort gefaßten Beschlüssen für die Bayerische Mittelpartei der sogenannte Fall Kollander reiflos erledigt sei. Sie bedauert Schmerzhaft, an Oberst von Kollander einen Mann von großer Gaben verloren zu haben, der es nicht vermocht, sich dienend einer großen Sache hinzugeben. Ueber angelegliche Parteizustände des Generals von Kollander ist dem Bezirkskommando München nichts bekannt.

Altenatverstoß auf den König von Rumänien.

Bukarest. Nach einer Meldung aus Bukarest ist der rumänische König nur durch einen glücklichen Zufall einem Eisenbahnattentat entgangen. Auf der Rückkehr von einer Jagd wurde sein Zug infolge einer absichtlichen Zerstörung einer Eisenbahnstrecke entgleist sein, wenn nicht ein anderer Zug vorausgefahren wäre, der dem Attentat zum Opfer gefallen ist. Man nimmt an, daß politische

Clemente in Rumänien, die einen Kampf gegen die königliche Familie führen, dem Wikonten nahe stehen.

Die Volksstimmung in Bulgarien.

11 Sofia. Das Ergebnis der Volksstimmung vom 19. November über die Wahlstellung des ehemaligen Ministers des Kaiserthums bei der Wahl des Reichstages ist das folgende: Von 300 000 abgegebenen Stimmen 247 000 für und 53 000 gegen eine Verurteilung. 90 000 Stimmenthaltungen waren ungenügend. Die Zahlen können als endgültig betrachtet werden. Nach ausstehenden Nachrichten in bezuglicher Hinsicht können an der Gesamtheit der Ergebnisse nichts ändern.

Genauigkeit.
11 Rom. Der ehemalige Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Senator Sonnino ist gestorben.

Die russische Verwaltung in Sankt Petersburg.
11 Sankt Petersburg. Morozoff macht seinen Generalsekretariat der Konferenz seinen ersten Besuch, um die technischen Einzelheiten der Heilung des Russlands an den Beziehungen zu befragen. In einer Unterredung mit Vizepräsidenten erklärte Morozoff, daß, falls in Leningrad Besatzungstruppen gelassen würden, die es nicht unterstützen können, Rußland sich seine volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

Die Verhältnisse in Sankt Petersburg.
11 Sankt Petersburg. Die „Chicago Tribune“ soll vierzigtausend Abonnenten der Vereinigten Staaten auf der Berliner Finanzkonferenz haben. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Bradbury beschäftigt sich, wie daselbstes Blatt berichtet, mit einem Anleiheprojekt.

Die Lage in Konstantinopel.
11 Konstantinopel. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Der neue Kaiser hat am 2. November mittags in dem Palast von Dolmabahçe seinen ersten Empfang abgehalten. Daron nahmen eine Anzahl Regierungsbeamten und mohammedanische religiöse Würdenträger teil. Der französische General Garry hat dem Kaiser seine Aufwartung gemacht.

11 London. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, es werde in Abrede gestellt, daß Kaiser Vahide aus seiner Stellung als Gouverneur von Konstantinopel abberufen worden sei.

Die Verhältnisse in Konstantinopel.
11 London. „Manchester Guardian“ bezeichnet in einem Artikel die Verhältnisse in Konstantinopel und Sankt Petersburg, alle Schwierigkeiten mit Deutschland wären beseitigt, wenn es von seiner Niederlage durch eine Befehlsbefreiung überzeugt worden wäre, als nach und nach gefährlich. Heute, die die Lage seit längerer Zeit stabilsten als einige Monate, seien gewungen anzuerkennen, daß die Hauptschwierigkeit nicht auf Deutschlands Mangel an Willen, den Friedensvertrag zu erfüllen, sondern auf seinen Mangel an Leistungsfähigkeit zurückzuführen sei, und dieser wiederum auf das wirtschaftliche Unvermögen, zu dem Deutschland und Mitteldeutschland allgemein durch den Friedensvertrag gebracht worden seien, infolgedessen Deutschland auch mit dem besten Willen der Welt die aufzuerlegten Forderungen nicht bezahlen könne.

Bermittlung.

Fabrikbrand. Am Dienstag sind die Maschinen und die Färberei der Saganer Wollspinnerei und Weberei mit wertvollen Maschinen und Materialien niedergebrennt. Der Schaden beträgt viele Millionen Mark.

Ein italienischer Dampfer gesunken. Der italienische Dampfer „Arca“ ist bei bewegter See gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Abendmahlsgesetz. Am Sonntag nachmittag ist aus der Peter Paulskirche in Sankt Petersburg das Abendmahlsgesetz beschlossen worden. Darunter befinden sich zwei Gesetze, von denen der eine aus dem Jahre 1922 stammt und von dem Herrscher Poglissab der Gemeinde geschenkt worden ist. Er hat großen Altertumswert. Der Gold- und Silberwert des Abendmahlsgesetzes dürfte weit über eine Million betragen. Vermutlich hat der Dieb sich nach dem Gottesdienst eingeschlichen lassen und ist dann durch eine Sentinelle entkommen.

Die Kohlenprobe. Die Kohlen, die „Schwarzen Diamanten“, sind als die präzisesten unserer Erbschaft beinahe noch kostbarer als Gold, und sie spielen in unserm Leben eine so große Rolle, daß man sogar von einem „Kohlenzeitalter“, in dem wir uns befinden, gesprochen hat. In Shaleshores setzen aber Hand man dem Wert der Kohle noch sehr ungleich gegenüber. De-

von zwei ein merkwürdiges Gitter, die sich längere Zeit geöffnet, die sog. „Kohlenprobe“, die der Bürgermeister von London für den jährlichen Beherrscher Englands ablegen mußte. Er mußte nämlich mit den Kohlen eine Kohlenprobe machen, die dann dem Hofe geliefert wurde. Dies geht auf ein Ereignis am Hofe der Königin Elisabeth zurück. Unter ihrer Herrschaft war die Kohle im Süden Englands noch ganz unbekannt; nur im Norden benutzte man die „Schwarzen Steine“ bereits zum Kochen. Man sah nun die Königin bei einem ihrer Großen in Northumberland am Herz in Kohlenfeuer brennen und freute sich an der feurigen Glut. „Kann man damit nicht auch kochen“, fragte sie. Und als sie eine bejahe Antwort erhielt, befiel sie, ihre eine Ladung solcher Kohlen zu schenken. Aber die „jungfräuliche“ Königin war eine vorichtige Person. Sie fürchtete, das Essen, das mit solcher Kohle gekocht sei, würde vielleicht schlecht schmecken oder gar giftig sein, und deshalb befahl sie dem Bürgermeister ihrer getreuen Stadt London, er solle erst einmal ein eigenes Kissen mit Kohlenfeuer kochen und ihr dann Bericht erstatten, ob es ihm nicht geschadet habe. Da der Bürgermeister berichten konnte, daß das Essen gut geschmeckt habe und er sich noch bei voller Gesundheit befinde, so wurde die Kohle von da an in der königlichen Küche verwendet.

Die chinesische Dichter ihre Werke veröffentlichten. Wenn ein chinesischer Poet eine Dichtung vollendet hat, so benutzte er vielfach zu ihrer Verbreitung nicht den bei uns allein üblichen Weg des Buchdrucks, sondern es gehen ihm noch sehr viel ältere Mittel zu Hilfe. So ist er ein gelehrter Dichter, der bereits eine Anzahl Schüler hat, so trägt er diesen sein neues Werk vor. Die Schüler bitten dann um die Uebersetzung, sich diese Dichtung aufschreiben zu lassen; sie lernen sie dann auswendig und tragen sie bei verschiedenen Gelegenheiten vor. So wird das Gedicht überall hingetragen und trägt zum Ruhme seines Schöpfers bei. Ist ein Dichter noch nicht von Schülern umgeben, so schreibt er wohl seine Verse an einem öffentlichen Platz an eine Mauer, und dann bleiben die Vorübergehenden stehen, lesen die Strophen, lernen sie auswendig und tragen sie vor. Solche neue Dichtungen kann man in chinesischen Städten vielfach an den Wänden aufgeschrieben finden. Aber wenn der Poet selbst zu der Schönheit seines Werkes kein rechtliches Jutrauen hat, dann sieht er es vor, seinen Namen nicht darunter zu setzen.

Jeder Postbesitzer des Kaiser Tagblattes bestelle noch heute die Zeitung auf Monat Dezember, sofern nicht bereits geschehen.

Die älteste Banknote. Die älteste Banknote, die noch existiert, stammt aus China. Sie wurde in einem der ersten Regierungsjahre des ersten Herrschers der Ming-Dynastie ausgegeben, um die Mitte des 14. Jahrhunderts, und ist also älter als alle europäischen Banknoten, denn die erste wirkliche Bank in Europa wurde 1401 in Barcelona errichtet; aber die erste europäische Bank, die Papiernoten in Umlauf brachte, war die 1668 gegründete Bank von Stockholm. Die chinesische Banknote ist also wenigstens 300 Jahre älter als die europäische. Wie das Wiener „Centralblatt für Papier-Industrie“ mitteilt, hat die Note eine Aufschrift, die in der Uebersetzung lautet: „Ein allgemeines gültiges Brieflein der Laiming-Dynastie.“ Auf beiden Seiten ist zu lesen: „Brieflein der Laiming-Dynastie, allgemein gültig unter dem Himmel.“ In der Mitte steht mit großen Buchstaben: „Ein Kwan.“ Der Kwan hatte 1000 Römme, und eine Römme war ungefähr gleich einer sterreichischen Krone. Unter „Ein Kwan“ sind 10 Münzzeichen mit je 100 Römme abgebildet, der Wert des Papiergeldes also deutlich veranschaulicht. Darunter liest man: „Auf Grund einer Bestellung unseres Finanzministers wird der Druck und die Prägung von Briefleinen der Laiming-Dynastie gestattet, die überall neben den Kupfermünzen gelten sollen. Der falsche Schein herzustellen oder fälschen, soll entbunden werden, und wer fälschen ansetzt und ergreift, soll eine Bestrafung von 250 Silber-Tael sowie das Verbot, das bewegliche Eigentum des Verbrechers zu behalten. Am...“

Jeder Postbesitzer des Kaiser Tagblattes bestelle noch heute die Zeitung auf Monat Dezember, sofern nicht bereits geschehen.

Die älteste Banknote. Die älteste Banknote, die noch existiert, stammt aus China. Sie wurde in einem der ersten Regierungsjahre des ersten Herrschers der Ming-Dynastie ausgegeben, um die Mitte des 14. Jahrhunderts, und ist also älter als alle europäischen Banknoten, denn die erste wirkliche Bank in Europa wurde 1401 in Barcelona errichtet; aber die erste europäische Bank, die Papiernoten in Umlauf brachte, war die 1668 gegründete Bank von Stockholm. Die chinesische Banknote ist also wenigstens 300 Jahre älter als die europäische. Wie das Wiener „Centralblatt für Papier-Industrie“ mitteilt, hat die Note eine Aufschrift, die in der Uebersetzung lautet: „Ein allgemeines gültiges Brieflein der Laiming-Dynastie.“ Auf beiden Seiten ist zu lesen: „Brieflein der Laiming-Dynastie, allgemein gültig unter dem Himmel.“ In der Mitte steht mit großen Buchstaben: „Ein Kwan.“ Der Kwan hatte 1000 Römme, und eine Römme war ungefähr gleich einer sterreichischen Krone. Unter „Ein Kwan“ sind 10 Münzzeichen mit je 100 Römme abgebildet, der Wert des Papiergeldes also deutlich veranschaulicht. Darunter liest man: „Auf Grund einer Bestellung unseres Finanzministers wird der Druck und die Prägung von Briefleinen der Laiming-Dynastie gestattet, die überall neben den Kupfermünzen gelten sollen. Der falsche Schein herzustellen oder fälschen, soll entbunden werden, und wer fälschen ansetzt und ergreift, soll eine Bestrafung von 250 Silber-Tael sowie das Verbot, das bewegliche Eigentum des Verbrechers zu behalten. Am...“

Jahren erfordern ist, hinterläßt 102 Nachkommen, darunter 40 Söhne, 66 Töchter und 71 Urenkel. Sie hatte 15 Kinder, und eine ihrer Töchter, die noch lebt, hat 16 Kinder. Es ist also eine sehr fruchtbare Familie. Bei ihrem 108. Geburtstag im vergangenen Juni cradhte sie, daß sie jeden Abend ein Glas heißen Rum trinke, was ihr vorzüglich bekomme, und außerdem bekannte sie, stets eine große Freundin von Süßigkeiten gewesen zu sein und möglichst viel Schokolade, Kuchen und Bonbons gegessen zu haben.

Der Goldschmied mit Markose. Die Wissenschaft ist stets die wichtigste Waffe im Kampf gegen das Verbrechen gewesen, und sie hat auch nunmehr ein Mittel gefunden, durch das der „Goldschmied“ sich selbst dem rühmenden Arm der Gerechtigkeit überliefert. Der moderne Einbrecher geht ja dem mit den härtesten Panzerplatten ausgeharrten Safe mit seinem Sauerstoffgasbehälter in die Hand und vermag so ein Loch hineinzubrennen. In dem Goldschmied der neuesten Erfindung aber befindet sich ein kleines Glasgefäß, welches in flüssiger Form ein nachfolgendes Gas enthält. Das Gas der Flasche ist so fein, daß es bei der leisesten Erhöhung der Temperatur zerbricht und das Gas in Freiheit setzt. Sobald nun der Einbrecher seinen Sauerstoffapparat ansetzt, hört er das Knacken zerbrechenden Glases. Im nächsten Augenblick strömt das nachfolgende Gas aus, und bevor er noch recht weiß, was los ist, schlägt der „Knacker“ friedlich ein neben dem Goldschmied, den er leeren wollte. Am nächsten Morgen wird er dann in seiner Bekleidung gefunden und ohne jeden Widerstand dingfest gemacht, worauf er in seiner Zelle allmählich ohne jede Gesundheitsgefährdung wieder aufwacht und darüber nachdenken kann, daß die Erfindung doch noch schlauer ist als er.

Drahtlos gelenkte Flugbomben. Eine neue brauchbare Waffe im Luftkrieg ist durch die Veruche der Franzosen und Amerikaner mit drahtlos gelenkten Flugbomben heraufbeschworen. Wie aus den Vereinigten Staaten gemeldet wird, gipfelt dort eine lange Reihe von offiziellen Versuchen in einem 150 Kilometer weiten Flug, der von einem drahtlos gelenkten Flugzeug ohne Führer zurückgelegt wurde, das eine „Flugbombe“ darstellte. Diese Maschinen sind richtige Bomben mit Flügeln, denn der Mittelteil des Apparates, der die Explosivbombe enthält, wird durch Propeller zu einem Flugzeug gemacht. Dieses wird drahtlos gelenkt und ist so eingerichtet, daß es an einer bestimmten Stelle niederzehen und zur Explosion gelangen kann. So landeten die Sachverständigen des amerikanischen Luftdienstes eine Flugbombe quer über New York und liehen sie auf einem großen unbewohnten Feld explodieren, ein Vorgang, der in der ganzen Umgebung das gewaltigste Erschauern hervorrief. Besonders wirksam sollen die Franzosen diese drahtlos gelenkten Flugbomben ausgebildet haben, sodaß sie dadurch eine Waffe besitzen, die bei einem kommenden Krieg die entsetzlichen Verheerungen hervorrufen kann.

Doktor. Die Lieblingsweise der Eingeborenen an der Nordküste Sibiriens ist — Dolz. Sie ziehen diese „Dolzfäller“ jedem anderen Nahrungsmittel vor. Wie im „Danzet“ erzählt wird, haben sie die dünnen Ähren unter der Rinde los und kochen sie dann mit Sauerwasser auf. Man vermutet, daß die Zellulose, die in der Röhre der Pflanzenkreiser eine so große Rolle spielt, eine Nahrungsquelle auch für den menschlichen Organismus darstellt. Die Zellulose wird nämlich mit Hilfe der Fettsäuren, die im Darmkanal auftreten, durch Bakterien gespalten und so verarbeitet. Da auch manche Tiere, wie Kaminchen, Vornies, die Dolzsäuren unter der Rinde bevorzugen, so vermutet die medizinische Zeitschrift, daß hier noch ein anderer bisher unbekannter Stoff in Frage kommen dürfte, der für die Ernährung günstig ist.

Wartungsberichte.
Amliche Notierungen der Produktions-Werke an Chemnitz, Donnerstag, 23. November, nachmittags 3 Uhr. Stimmung: geschäftlos. Beizen 11 000—12 000 Mark, Roggen 10 000 bis 10 500 Mark, Wintergerste —, Sommergerste 12 000 bis 12 500 Mark, Hafer 12 000—12 500 Mark, Weizen 13 500 Mark, Weizenmehl 20 000 Mark, Roggenmehl 18 000 Mark, Weizenmehl 6000 Mark, Roggenmehl 6000 Mark, Weizenmehl 500 bis 5500 Mark, Reisheu —, Getreidekraft Lose 6800 bis 6700 Mark, do. gepreht 6600—7500 Mark für den Sack franko Chemnitz bei Getreide in Ladungen von 200—300 Sentner, bei Mehl in Mengen unter 100 Sack und bei Sen und Erbsen Ladungweise.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Gorau. 15. Fortsetzung.

Drei Wochen darauf wurde ihm bereits von der Generaldirektion der Gesellschaft mitgeteilt, daß man ihn als Stationsleiter für einen Distrikt in den südländlichen Gebieten Deutsch-Ostafrikas in Aussicht genommen habe und ihn voraussichtlich schon im Herbst des laufenden Jahres einberufen werde.

Nach dem Abend desselben Tages hatte er Rätze von dieser Werbung seines Schicksals Mitteilung gemacht und als Antwort von ihr eine Photographie erhalten, die schon lange sein heimlicher Wunsch gewesen war.

Auf der Rückseite des Bildes stand mit dem Namen der Siegerin als Widmung die Verse Kennzeichens von Charau:

„Ich will dir folgen durch Bänder und Meer,
Eisen und Kerker und heimliches Doer.“

Die Detektivstadt in der Staub- und Wasserdunst der Wanneleuges schaltete sich zu einer letzten Etappe. Ueberall standen die Menschen wie die Mauer auf den Seitenhängen und zwischen den dichtgebängenen Eisenreihen der überhöhten Wagenabteile, jede Unterhaltung zur Unmöglichkeit machend.

Letzte war bei der Ankunft in Berlin bereit abgepackt, daß sie am Ausgang des Wanneleuges sofort eine Probe nahm und mit Rätze nach Hause fuhr.

Lobenswar die Mutter schon zu dem Gesagten; ein stocherndes Bild prangte zu Sankt des Kranken, deren nachdrückliches Gesicht Rätze noch nie so stark und so besessenen erschienen war, wie in diesem Augenblick.

Der Nachmittag mit Paul hat dich wohl wieder einmal sehr aufgeregt, Mama, sagte sie nach der ersten Begrüßung. „Ich werde Paul nachhaken wirklich bitten, seine Besuche bei dir ganz einzustellen.“

Die Mutter bewegte müde den Kopf.

„Nein, Paul, du bist ihm wichtig. Es war eine fremde Krankheit, das er mit heute dradtel kommt, jede dich nahe zu sein, Rätze! Das Gewissen greift mich in letzter Zeit so sehr an. Und ich muß dir noch heute sagen, was ich dir zu sagen habe. Unter aller Zukunft hängt davon ab, wie du die Frage, die ich jetzt an dich zu richten habe, beantwortest.“

Eine große Angst ging plötzlich durch Rätze Seele. Was war geschehen, daß die Mutter zu einer so festeren Anfrage drang?

„Also, um es kurz zu machen, lieber Paul,“ begann die Stimme von Mama, und die Worte rangen sich mit sichtlicher Anstrengung von ihren Lippen, der heutige Tag hat ein Ereignis ereignet, das bestimmend auf deine ganze Lebensentwicklung einwirken soll. Harry Laudon hat um

deine Hand angehalten!“ schloß sie dann rasch und unterbrochen.

„Harry Laudon?“ wiederholte Rätze mit starker Stimme. „Um meine Hand angehalten —“

„Seit dem Tode des Vaters hatte, wie so viele andere, auch Harry Laudon nichts mehr von sich hören lassen, sodaß die Erinnerung an seine Persönlichkeit in ihrem Bewußtsein schon ganz untergegangen war.“

„Ich dachte, wir hätten mit unserm Unglück auch für Herrn Laudon zu erlöschen aufgehört!“ sagte sie endlich mühsam, nur um überhaupt etwas zu sagen.

„Das hab ich ebenfalls geglaubt, liebes Kind,“ war die Antwort, „bis Paul sich heute nachmittag als Angehöriger Laudons bei mir anmeldete. Harry Laudon war seit Ende vorigen Jahres als Begleiter seines schwerkranken Vaters an der Riviera. Daraus erließ ich ihm längere Zeilen. Vor vierzehn Tagen nun ist der alte Herr in Rizza gestorben. Harry ist gestern abend nach Berlin gekommen und hat sich hier sofort mit Paul in Verbindung gesetzt. Er bietet dir seine Hand und sein Vermögen: durch den Tod seines Vaters ist er alleiniger Inhaber der Firma und einer der reichsten Männer Berlins geworden. Eine glänzende, fürstliche Zukunft eröffnet sich dir, Rätze! Mit einem Schlag erhebt du dich wieder zu deiner einstigen gesellschaftlichen Höhe, wenn du „Ja“ sagst.“

„Mit einem solchen Angebot bist du die Kranke zurück.“ Eine süchtige Röde erschien auf ihren blassen Wangen, sie haßte nicht und tupfte mit dem feinen Taschentuch über die blasse Stirn.

„Und wenn Herr Laudon bis an den Hals im Golde sähe, Mama?“ stieß Rätze fertig hervor, „ich könnte ihn nicht betrachten! Er ist mir noch genau so unheimlich wie vor einem Jahr. Oder glaubst du, er sei mir deshalb annehmbarer geworden, weil ich arm geworden bin? Alles andere verlange von mir, nur das nicht!“

Mit einem leisen Aufseher richtete sich die Kranke höher in ihren Kissen empor.

„Nicht dich überlegst du es dir noch einmal recht gründlich, mein Kind! Herr Laudon bringt ja nicht auf eine sofortige Entschädigung. Er will dir vielmehr Bedenkzeit lassen, soweit du verlanst. Und dann geht es bei diesem Antrag auch nicht allein um deine Zukunft, Rätze! Höre weiter! Laudon hat sich in vormaliger und liberaler Weise bereit erklärt, im Falle einer Heirat mit dir, die Sorge für unsere Familie zu übernehmen. Er will Rätze die Ration geben, für Paul in seinem Geschäft irgend eine neue Direktorstelle schaffen und mir das Grunvaldgrundstück der Firma als Wittensschatz zuweisen. Ich verständig würde dich nicht drängen, Rätze. Ich bin eine alte, kranke Frau, deren Lage vielleicht schon geahnt ist. Die Rücksicht auf mich soll in keiner Weise für dich maßgebend sein. Ich darf es dir doch aber offen stehen, daß mir der Wunsch von euch Kindern bereit um vieles leichter fällt,

wäre, wenn ich wüßte, daß ich euch in gelicherten, glücklichen Verhältnissen zurücklasse.“

Mit starren Augen sah Rätze in das vergrämte Gesicht der Kranken, die in angstvoller Spannung ihre Entscheidung erwartete.

So also hatte der Ältere Vogelfänger seine Rede gestellt; in ihrer Rinde- und Gestaltverwirrung suchte er sie zu treffen, durch lodende Zukunftserwartungen sich sein Opfer fertig zu machen.

Aus jedem Worte der Mutter sprach die Sehnsucht der im Reichtum geborenen, vom Leben vertriebenen Frau, die kaum noch den Moment zu erwarten vermochte, da sie die lastende Bürde der Armut wieder von sich werfen durfte.

„Mutter!“ sagte sie endlich, und ihre Stimme klang ihr selber fremd und rau. „Ich will ja alles für dich tun, ich will arbeiten für dich Tag und Nacht, bis ich zusammenbreche! Nur das kann ich nicht! Ich würde nie wieder meines Taselns froh werden, ich müßte es mit meinem ganzen Lebensglück bezahlen, wenn ich Harry Laudons Frau würde!“

„Und das ist dein letztes Wort?“ Rätze nickte stumm.

„Ich wollte sprechen, doch die Rätze war ihr wie zugeschnitten.“

Mit einer scharfen Bewegung neigte sie sich zu der Kranken herab und hauchte einen Kuß auf ihre Hand. Dann ging sie hastig zum Himmel empor.

Trauernd auf dem Korridor stand sie noch einmal unerschlossen.

Der Quell ihrer großen, kinngebenden Armut wurde war plötzlich wieder in ihr aufgebrochen, daß sie am liebsten auf der Stelle umgekehrt wäre und die Mutter für jedes heilige Wort um Verzeihung gebeten hätte.

Jetzt, da das entscheidende „Nein“ gesprochen worden war, fiel es ihr auf einmal wie eine Berglast auf die Seele, welche Zukunftserwartungen sie damit im Herzen der Kranken schätzte.

Ein Jauberland hatte ihr Paul am Nachmittag gesagt, und nun war es vor ihren Worten wie eine Fallsorgang wieder in ein Nichts versunken.

„Gatte die Mutter wirklich ein Recht darauf, daß ihr Kind sich bestmöglichst selbst ein Urteil sprach, mit dem es seine ganze Existenz als aufrechter Mensch verknüpfte?“

Das konnte nicht sein, das durfte nicht sein!

Mit der vollen Kraft ihrer jungen egoistischen Jugend setzte sich ihr Inneres gegen diese Zumutung zur Wehr. „Hammer oder Amboss“, das war jetzt die Losung.

Es war im Kampfe des Lebens hart geworden, sie mußte jetzt auch hart sein, da sie um ihr eigenes Lebensglück kämpfte.



Die neuen Männer.

H. D. In drei Entwicklungstufen, deren jede die Gefahr völligen Scheiterns in sich barg, ist aus dem mit der Regierungsbildung beauftragten Wechsler Cuno der an der Spitze eines vollbesetzten Kabinetts stehende Kanzler geworden. Es ist für die politischen Gegenwartsverhältnisse kennzeichnend, daß weniger in den Stürmen des freien Kufenmeeres als in den Untiefen und Klüften der parlamentarischen Sinnengewässer die drohendsten Gefahren lauern.

Die Zusammenstellung eines Kabinetts von „Röhlen“, „Verständlichen“ oder wie man sonst die Forderung nach rein sachlicher Arbeit nennen will, wäre natürlich ein Idealzustand gewesen. Auch unter den Sozialdemokraten hätten sich vorurteilsfreie Männer finden lassen, die Blick haben für wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten. Die Sozialdemokratie hat eine solche Lösung nicht gewollt. Im Augenblick ist es vielleicht unangebracht, sie deswegen anzuklagen zu haben. Eine Weigerung aber, die sich über so zahlreiche Vorteile erstreckt, wie sie den verrelativen Sozialdemokraten zur Verfügung stehen, muß parlamentarisch hart in Rechnung gestellt werden, um schlimme Reibungen und unnötige Demümnungen zu vermeiden. Aufgabe des neuen Kanzlers war es nun, die sachliche Forderung nach Rettungsarbeit in schwerer Stunde mit den parlamentarischen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Sachlich ist das, wenigstens in einer Programmrede, wie sie heute dem Reichstage vorgetragen wird, weniger schwer, als in der Verionenauswahl. Vermittlungswille zwischen den Gegenständen von rechts und links muß bereits die Gewährleistung auf der Regierungsbank zum Ausdruck bringen, um das neue Schiff flott zu machen.

Gegen den Kanzler selbst hat die Sozialdemokratie nichts einzuwenden, wie sie selbst es im ersten Stadium der Regierungsbildung zum Ausdruck gebracht hat. Auch der mit der Kanzlervertretung sicherlich rednerisch häufiger beauftragte Finanzminister Dr. Cuno ist eine Persönlichkeit von besonderer Verfassungstrennung, Verbindlichkeit der Formen und außenpolitisch der Wirksamkeit zum mindesten nicht betont ablehnender Haltung. Dr. Garmes, der dem Zentrum zum inneren Verdruss im Amt verbliebene Finanzminister, hat in letzter Zeit bei den Sozialisten auch keine schlechte Presse gehabt, bildet aber einen Befahrenspunkt für die alte Linne der Wirtz-Deute. Dr. Brauns ist unannehmlich von allen Seiten als Arbeitsminister übernommen, gegen den Reichswehrminister Gessler ist, trotz mancher Bedenken der militärischen Linken, im Verlauf der Krise auch kein Einpruch erhoben. Ebenso bietet der neue Außenminister, der bisher bei jeder Krise bereits als Kandidat des Untwärtigen genannte Graf v. Helldorf keine Anaristikade. Er wird als liberaler Berufsdiplomate von Bewandheit im Amtreten und im Verhandeln geschätzt. Garmes ist trotz seiner demokratischen Grundeinstellung hauptsächlich als Fachminister anzusehen und als solcher unangefochten. Neben ihm steht als stärkster Aktiopolster des demokratischen republikanischen Gedankens der ehemalige Redakteur der Frankfurter Zeitung, Eisenbahnminister und jetzige Landeshaupmann der Provinz Sachsen Cser, der das wichtige Ressort des Inneren sicher im gleichen Geiste wie sein Vorgänger Koster verwalten dürfte. In erster Linie Beamter ist der Vaper Eising. Versuche, ihn mit der Verantwortlichkeit Kraus zu „belasten“, sind durchaus abwegig. Er wird gute sachliche Arbeit in dem von ihm beherrschten Fache leisten. Der Reichsfinanzminister Albert, ebenfalls ein geschulter Beamter, erweist sich aus der Zeit seiner Tätigkeit als Chef der Reichskasse her des Wohlwollens der Linken. Seine Verdienste um die Vertretung Deutschlands als Kommissar auf Weltausstellungen werden gerühmt und haben ihm Weidlich und Selbstsicherheit, sowie Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge verliehen. Angegriffen bereits vor Beginn seiner Tätigkeit wird der bisherige Leiter der rheinischen Landwirtschaftskammer, Dr. Müller, ein Zentrumsmann agrarischer Richtung. Man weist ihm vor, daß er das Umlageverfahren für unsere verwitternde und amedios hält. Am umstrittensten ist die Verantwortlichkeit des neuen Reichswirtschaftsministers Becker, vom rechten Flügel der Volkspartei, der in allen Finanz- und Wirtschaftskämpfen eine scharfe Klinge geschlagen hat. So sehr man die hohe sachliche Einigung dieses Mannes für seinen Vollen zu geben muß, so berechtigt ist der Einwurf, daß der Sprung von Schmidt zu Becker für sozialdemokratische Gemüter vielleicht allzu atembeklemmend wirkt. Ein weniger umfänglicher, gleichbedeutender Mann würde vielleicht der Gesamtrundung des Kabinetts zuträglich gewesen sein.

Um mit billigen Wägen die Lebensfähigkeit der Regierung Cuno auszuweisen, dazu ist die Zeit zu eruit. Ein geschweiter, in der Welt geachteter opferfreudiger Mann ist in die Bresche getreten. Warten wir ab, was er tun wird. Warten wir ab, wie er die widerstrebenden Kräfte zum Wohle des Ganzen zu meistern weiß.

Die Gefahren von Lausanne.

Ueber den Verlauf der Orientkonferenz sind mancherlei Gerüchte verbreitet worden, die einander teilweise widersprechen und aus denen man um so weniger Schlüsse ziehen darf, als über die wirklichen Ereignisse auf allen Seiten strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Die Geheimdiplomatie ist wieder vollkommen obenauf und von der Methode Willsons und Lloyd Georges, öffentlich vor aller Welt die Lebensfragen der Völker zu behandeln, nachdem man sich bereits vorher in verschwiegenen Kammern über alle wichtigen Dinge geeinigt hat, will heute niemand mehr etwas wissen. In Lausanne wird wieder völlig geheim verhandelt, weil man erkannt hat, daß die öffentlichen Sitzungen eigentlich nur der Stimmungsmache dienen und daher im Grunde nur einen Zeitverlust bedeuten. In Deutschland brauchte man sich über diese veränderte Verhandlungsmethode von Lausanne eigentlich nicht den Kopf zu zerbrechen, wenn nicht Anlaß zu der Vermutung bestände, daß man sich dort keineswegs auf die Behandlung der Orientfragen beschränkt. Vielmehr deutet mancherlei darauf hin, daß mindestens bei den interalliierten Beratungen der ganze Komplex der internationalen Probleme in die Erörterung einbezogen wird, und natürlich besonders die Reparationsfrage. Schon die Tatsache, daß Mussolini in Lausanne den Pressevertretern erklärt hat, Italien werde denen zur Seite stehen, die Deutschland zur Zahlung bringen wollen, muß in Deutschland, das von der Lausanner Konferenz völlig ausgeschlossen bleibt, außerordentlich stutzig machen. Der Kubhandel ist in Lausanne offenbar im vollen Gange und die Reparationen bilden, wie es scheint, das Zahlungsmittel, mit denen sowohl England wie Italien sich weltpolitische Zugriffsstände von Frankreich zu sichern versuchen. Während England diese in der Türkei sucht, hoffen sie die Italiener in Nordafrika und an der Adria zu finden. Kommt es in Lausanne zu einer allgemeinen Einigung innerhalb der Entente, dann wird nicht nur die Türkei ihr Opfer sein, sondern in mindestens dem gleichen Maße Deutschland. In diesem Falle wird die Konferenz in Brüssel uns nur noch vor vollendete Tatsachen stellen, weil man bereits in Lausanne alles vorher abgekartet hat.

Die Konferenz in Lausanne gab Donnerstag nachmittags folgende amtliche Mitteilung über die Vormittags-Sitzung des ersten Ausschusses aus: Der Ausschuss für

Vor der Regierungserklärung im Reichstag.

Die voraussichtliche Haltung der Parteien.

Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung wird Reichskanzler Dr. Cuno die Regierungserklärung abgeben. Es ist beabsichtigt, darauf eine zweitägige Pause einzutreten zu lassen, während der die Fraktionen über ihre Stellung zu der Erklärung beraten sollen. Nach der Pause wird die politische Aussprache durch den Redner der Sozialdemokratie eröffnet werden. Man hofft, daß die politische Aussprache noch am Sonabend beendet werden kann, worauf dann eine achtstägige Pause der Beratungen des Reichstags der neuen Regierung Gelegenheits geben soll, sich in ihre Geschäfte einzuarbeiten. In Erkenntnis ihrer schwierigen Lage wird die neue Regierung, wie der „Vorwärts“ wissen will, auf ein positives Vertrauensvotum verzichten; sie will sich mit einer Billigungsformel begnügen, die das Wort „Vertrauen“ nicht enthält und auch der Sozialdemokratie die Zustimmung ermächtigen soll. Demselben Blatte zufolge ist es sicher, daß die Fraktion nicht daran denkt, einer positiven Vertrauensformel auszukommen.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei zum neuen Reichskabinet schreibt der „Berl. Volksanzeiger“: Die Deutschnationalen würden unter keinen Umständen gegen das Ministerium Cuno stimmen. Man nehme an, daß sie sich der Stimme enthalten würden. Nach einer Information des Blattes von parlamentarischer Seite sei man sogar in der Deutschnationalen Volkspartei bereit, wenn es irgend geht, das Kabinet zu unterstützen. Es sei daher durchaus denkbar, daß ein Teil der Fraktion unter Umständen die Ja-Stimme abgeben werde. Das Zentrum wird, wie die „Germania“ schreibt, seine Haltung nach rein sachlichen Gesichtspunkten einrichten. Entscheidend für die letzte Stellungnahme der Partei werde das Programm sein, das der Kanzler heute im Reichstage entwickeln werde.

Dem „Berl. Volksanz.“ zufolge ist es noch zweifelhaft, ob ein Nachfolger des bisherigen Preßchefs Müller ernannt werden wird. Vorläufig habe der Direktor der Reichskasse Dr. Gamm die Geschäfte übernommen. Dagegen nennt der „Vorwärts“ als zukünftigen Reichspräsident den bisherigen Preßchef im Reichsministerium und Reichsfinanzministerium Engelring.

Der Ministerwechsel im Reichswirtschaftsministerium vollzog sich gestern vormittag in beiderseitigen längeren Ansprachen des scheidenden Ministers Robert Schmidt und des neuen Ministers Dr. Becker (Hessen). Die Ansprachen, die dem schwersten Aufgabenkreis des Ministeriums in Vergangenheit und Gegenwart gerecht wurden, bewegten sich auf beiden Seiten in ernstem und achtungsvollen Formen. Minister Dr. Becker rief den Beamten und Angestellten des

territoriale und militärische Fragen trat heute um 11 Uhr zusammen. Jsmet Pascha antwortete ausführlich auf die Erklärungen und Vorschläge der verschiedenen Delegationen in den vorhergehenden Sitzungen. Wenigstens entzante er gewisse Vorlesungen Jsmet Paschas. Der Ausschuss ernannte einen Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Vorschläge über die Lösung der ostbalkanischen Grenze zu errichtende militärische Zone. Der Untersuchungsausschuss soll die Einrichtungen der Eisenbahnen am Danen von Fedeagatsch prüfen, die die wirtschaftlichen Zustände Bulgariens zum ägäischen Meer sichern sollen. Dieser Untersuchung trat gestern nachmittag um 4^{1/2} Uhr zusammen. Bevor er seinen Bericht fertig hat, wird der Hauptausschuss für territoriale Fragen sich nicht veröffentlichen.

Jsmet Pascha empfing nach der Vormittags-Sitzung Pressevertreter. Er betonte den lebhaften Friedenswillen der Türkei und sagte wiederholt, daß er ein friedlicher General sei. Zur Volksabstimmungsfrage in Westbalkanien erklärte er, daß die Türkei keine neuen Gebiete beanpruche, sondern nur den Ausdruck des freien Volkswillens wünsche. Einem Zugang Bulgariens zum ägäischen Meer seien die Türken immer gänzlich geföhnt gewesen. Die Türkei habe und bleibe auf dem Boden der Forderungen des nationalen Vorgesitzes von Angora. Zur Meerengenfrage versicherte er, daß sie keinesfalls ohne die Russen besprochen würde. Ueber die Stellung der Türkei zu der Frage selbst könne er sich noch nicht äußern, aber er dürfe laagen, daß die Türkei stets für die Freiheit der Meerengen mit dem gleichen Recht für alle gewesen sei. Auf die Frage eines Pressevertreters, was er zu der Liebesbeirat zu sagen habe, die zwischen dem Balkanstaaten geschlossen worden sei, antwortete Jsmet lächelnd: Ich habe nichts davon bemerkt. Auf die weitere Frage, was er denn über die Liebesbeirat der Türkei mit Ausland sagen könne, erklärte er, die Türkei habe keine Beziehungen wisse, sei wahr. Auf die Frage nach seinen Einbrücken von den Unterredungen mit Weincard, Lord Curzon, Mussolini usw. entgegnete er, daß diese Einbrücke gänzlich seien. Als man ihn fragte, ob er das auch von dem Verlauf der Konferenzverhandlungen sagen könne, lächelte er und antwortete: Ich bin immer für den Frieden.

Der russische Delegierte Worostski hatte vorgestern abend eine Unterredung mit Jsmet Pascha. Im Verlaufe der allgemeinen Aussprache versicherte Worostski dem Führer der türkischen Delegation, daß Russland die Türkei in allen Fragen unterstützen werde, die ihre nationale Souveränität angehen. Dagegen würde sich Russland nicht als gebunden erachten, wenn die Türken Fragen imperialistischer Tendenz ausmerken. Jsmet entgegnete, daß die Türkei eine imperialistische Politik nicht zu vertreten gedenke.

Russland und die Frage des Nahen Ostens.

„Jsmet Pascha“ veröffentlicht einen Artikel, unterschrieben „Ehemaliger Diplomat“, über die Frage des Nahen Ostens. Es heißt darin: Von dem Augenblicke an, da die Türkei ihre Selbständigkeit ernstlich verteidigen wollte, standen alle Mächte der Entente in einer einheitlichen Front gegen die Türkei. In Genoa war in der russischen Frage England nach Frankreich orientiert, jetzt ist in der Frage des Nahen Ostens Frankreich nach England orientiert. Die beiden Mächte sind durch ihre imperialistische Politik miteinander verbunden. Frankreich hat der Aufrechterhaltung seiner Rolle als Protoktor der Weisemanen entsagt und unterstützt die Politik der Härte, die England den Türken gegenüber vorbat. Nach der Idylle der Konferenz von Rudanien ist die Zukunft der Lausanner Konferenz in Nebel gehüllt. Jetzt, wo die Großmächte volle Kenntnis von der Abicht der Türken haben, alle Institutionen der Großmächte aufzulösen, schreiben sie, daß die Türkei in die Barbarei zurückfalle. Die Türkei hat ihre blutige Revolution hinter sich. Ihre jetzige Revolution erstreckt die imperialistischen Mächte; denn sie begreifen, daß alle Völker des Ostens ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch erstreben werden. Im großen Befreiungskampfe des türkischen Volkes sehen wir aber eine Schattenseite, und das ist die Verfolgung der türkischen Kommunisten. Mit diesen ihren Maßnahmen schadet die türkische Regierung sich selbst.

Die Verhandlungen in Konstantinobel.

Nach einer Reuter-Meldung aus Konstantinobel sind die Verhandlungen zwischen den alliierten Generalen und

Ministerium zu, er werde bei seinen Mitarbeitern nicht auf parteipolitische Gesinnung, sondern auf Arbeitswillen und Arbeitsleistung sehen, und hat, ihm mit dem gleichen Vertrauen entgegenzukommen, daß er den Beamten entgegenbringe. Er habe sich zu dem schwierigen Amte nicht gedrängt, habe aber geglaubt, sich in dieser Zeit der Not der schweren Verantwortung nicht entziehen zu sollen.

Russisches Lob für Dr. Wirtz.

In einem Artikel über den deutschen Kabinettswechsel spenden die „Jsmet Pascha“ dem bisherigen Reichskanzler Dr. Wirtz Lob für sein Festhalten an der Linie der deutsch-russischen Annäherung. Für die Fortführung dieser Linie sei nichts mehr zu befürchten. Eine für beide Länder nützliche Zusammenarbeit mit Deutschland werde sich auch nach dem Rücktritt des Kabinetts Wirtz gänzlich entwickeln.

Der Reichsbetriebsrätekonferenz.

In der „Neuen Welt“ zu Neuföhren begann gestern der von der radikalsten Betriebsräteopposition einberufene Reichsbetriebsrätekonferenz. Auf der Tagesordnung stand, wie das „V. Z.“ berichtet, als Referent über „Die wirtschaftliche und politische Lage und der Kampf um die Kontrolle der Produktion“ Dr. Rudolf Giffertling vorgetragen, aber dieser hatte die Einladung abgelehnt. In dem Konazeh nahmen etwa 1500 Delegierte teil. Der Vorsitzende des Fühnerausschusses, Herrmann Grothe, eröffnete die Versammlung; er, Nebel (Birma) und Albrecht (Gürtel) wurden zu Vorsitzenden gewählt. Dann wurde ein Vertrauenssteleogramm aus Moskau vorgelesen, in dem der vierte Weltkongreß der kommunistischen Internationale und der zweite Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale angekündigt, daß er demnächst an die Anterdamer Internationale und an die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Forderung der Bildung einer Einheitsfront herantreten werde. Dem Kongreß bekanntgegeben wurde auch die Antwort des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und der Afa auf die Einladung; unter Hinweis auf die Beschimpfungen, denen die Gewerkschaftsführer von Seiten der Betriebsräte ausgesetzt seien, wird in der Antwort dem Konazeh das Recht abersprochen, im Namen der Masse der Betriebsräte und der Gewerkschaftsmitglieder zu sprechen. Er rede und handle offenkundig im Namen der kommunistischen Partei, die die Postage der Arbeiterklasse auszunutzen möchte, um ihre Parteinteressen zu fördern.

Refer Pascha in der Frage der Maßnahmen zum Schutze der alliierten Staatsangehörigen wieder auf dem toten Punkt angelangt.

Die Reparationskommission

wird heute vormittag eine amtliche Sitzung abhalten. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Außer Angelegenheiten zweiter Ordnung wird die Frage der deutschen Solllieferungen behandelt werden, deren Beispresung bereits in der vorigen Sitzung begonnen hat.

Nach einer Tages-Meldung aus Brüssel teilt der Pariser Sonderberichterstatter der Agence Belge mit, in französischen Kreisen sei man sich völlig klar darüber, daß die Besetzung der Brüsseler Konferenz nicht einzuverufen wünsche, wenn nicht gute Aussichten auf greifbare Ergebnisse beständen. Die sog. Brüsseler Finanzkonferenz werde die Frage der deutschen Reparationszahlungen und die Frage einer Regelung der interalliierten Schulden zu erörtern haben und sich sicher auch mit dem deutschen Ertruden um Unterstützung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands beschäftigen müssen. Alle diese Fragen seien nicht leicht zu lösen. Man könne annehmen, daß Weincard sich während seines Aufenthalts in Lausanne nicht allein mit der orientalischen Frage befaße, sondern sich mit Lord Curzon, Mussolini, ja sogar mit den „amerikanischen Beobachtern“ über die Finanzfragen unterhalten habe. Aber eine diplomatische Vertändigung reiche nicht aus, damit diese Vertändigung einen vollen Erfolg zeitigen könne, müsse vielmehr auch die Mitarbeit von Finanzleuten an dem durchzuföhrenden Programm mindestens in den Hauptlinien gesichert sein.

Zu dem vorgestrigen Leitartikel des Pariser „Times“, in dem das Blatt erklärt, der Zusammenbruch Deutschlands bedeute nicht notwendigerweise den allgemeinen Zusammenbruch Europas, und es sei die Pflicht der Alliierten, sollte es, was es wolle, die Interessen ihrer Untertanen und die Interessen Europas zu schützen, einschließlich der Teile Deutschlands, die aus der Katastrophe gerettet werden könnten, schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times“, es sei nicht schwierig, sich vorzustellen, welche Politik durch einen Vorschlag, Teile Deutschlands aus der Feuersbrunn zu retten, entsphlt werde.

„Matin“ spricht die Hoffnung aus, daß Vierpont Morgan, der sich entgegen anderweitigen Nachrichten nicht nach Berlin, sondern nach England begeben habe, vor seiner Abreise nach Amerika noch eine Unterredung mit Weincard haben werde. Vierpont Morgan sei immer noch bereit, das Versprechen zu erfüllen, das er im Juni gegeben habe, nämlich er werde, wenn man seiner bedürfe, auf den ersten Ruf kommen, um Beistand zu leisten. Wie vor sechs Monaten glaube jedoch Morgan, daß der Bestand der internationalen Finanz zugunsten Deutschlands von zwei Vorbedingungen abhängt, 1. von der Stabilisierung der Mark, d. h. von der absoluten Einstellung der Inflation und 2. von der endgültigen Lösung des Reparationsproblems, sowohl was die Höhe, als auch was die Art der deutschen Schuld betreffe.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Die gestrige feierliche Eröffnung des englischen Parlaments erfolgte mit dem ganzen Glanze der Vorkriegszeit. Bemerkenswert war die Aufmerksamkeit, mit der der deutsche Botschafter in der Diplomatensloge von verschiedenen Mitgliedern des Hauses begrüßt wurde.

Im englischen Unterhause erklärte Ramsay MacDonald in der Debatte über die Thronrede, die Erklärung der Thronrede über die Arbeitsfrage sei für die Arbeiterpartei sehr unbefriedigend. Er beklagte die Bonar Law und seine Regierung dazu, daß sie an der Bereicherung des Vertrages von Seores teilgenommen hätten und fragte weiter, welches die Haltung der Regierung gegenüber Russland sei. Die Arbeiterpartei erkenne, daß hinter der Szene in Lausanne die verborgene Hand der Petroleum-Interessenten tätig und sehr mächtig sei. Bonar Law erklärte in seiner Antwortrede, das Ziel der Regierung sei Frieden. Ueber den irischen Vertrag sagte er, Cosgrave habe ihm kürzlich erklärt, daß irische Volk sei in jedem Fall entschlossen, den Frieden zu wahren. Der Minister erwähnte noch Großbritannien

wünsche nicht, in Mesopotamien zu bleiben, so viel Ost dort auch zu finden sein möge.
 Der englische König verließ, nach einer Meldung der „A. N.“, bei der Eröffnung des Parlamentes folgende Thronrede: „Meine Herren Lords und meine Herren Mitglieder des Unterhauses! Da die Verfassung für den Freihand Irland vom Parlament angenommen wurde, und da nunmehr nach dem Gesetz der Freiheit Irland errichtet ist und da gemäß dem Gesetz die Verfassung mit dem 6. Dezember ins Leben treten soll, habe ich Sie einberufen, damit die notwendige Gesetzgebung zur Anwendung dieses Verfassungsgesetzes erfolgt, und damit die Maßnahmen ergriffen werden, die für die Errichtung des Freihand Irlands unbedingt notwendig sind. Diese sollen Ihrer Zustimmung unterworfen werden. — Die Bedingungen für den Handel und die Arbeiterfrage fahre fort, mir Ihre Sorge einzuflehen. Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, diese Lage zu verbessern, und die bereits von der früheren Regierung vorbereitet waren, werden neuerdings getroffen. Es wird von Ihnen gefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Absichten zu verwirklichen und auszuweiten. Ferner werden Sie gemäß dem Plane des Völkerbundes die Anleihe zur Wiederherstellung Ostpreussens zu bewilligen haben. Die Verhandlungen für die Regelung im Nahen Osten werden fortgesetzt. Ich hoffe, daß die Konferenz von Lausanne und die Anstrengungen meiner Minister, die im vollen Einvernehmen mit den Vertretern unserer Alliierten verhandeln, die Wiederherstellung des Friedens und die Sicherheit der Bewohner jener Gegenden herbeiführen werden, die kürzlich der Schaulatz so vieler Leiden waren. Ich bitte den Allmächtigen, Ihren Beratungen seinen Segen angedeihen zu lassen.“

Nurhen und Streiks.

Wie der Volkebericht der Stadt Braunschweig meldet, wurde bei den vorgestrigen Störungen ein Vollzugsbeamter durch Messerschläge an der Hand verletzt. Die Polizei nahm nachträgliche Verhaftungen vor. Sieben Personen werden wegen Landfriedensbruchs dem Amtsgericht vorgeführt. Die Straßen der Stadt zeigten am Donnerstag gegen 6 Uhr das Bild eines geordneten Verkehrs. Neue Ruhestörungen sind bislang nicht bekannt geworden.
 Wie von der Abteilung in des Berliner Polizeipräsidiums mitgeteilt wird, sind anlässlich der vor einigen Tagen erfolgten Störungen in Lebensmittelgeschäften mehrere Einlieferungen erfolgt. Die Vernehmungen sind soweit abgeschlossen, daß bereits Teilnehmer dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden konnten. Sie werden sich wegen Landfriedensbruchs und Diebstahls zu verantworten haben.
 In der Nacht zum Mittwoch wurde auf der Strecke zwischen Rölling (Nord) und Gremberg ein Güterzug von einer in Gremberg halbe verkehren 1500 Pfund Bande beschossen und zum Stillstand gezwungen. Von Rölling herbestellte Bahnpolizei geriet in ein Gefecht mit den Angreifern, die in der Uebermacht und mit besseren Waffen ausgerüstet waren. Ein Angeschlagener der Bahnpolizei wurde schwer verwundet. Der Ueberfall ist den Angreifern gelungen; doch ist man ihnen bereits auf der Spur. Ein Teil des gestrandeten Gütes konnte wieder herbeigeschafft werden.
 In mehreren Städten des niederrheinischen Gebiets sind in größeren Betrieben wilde Streiks ausgebrochen, die von Kommunisten hervorgerufen worden sind.
 Wie die Berliner Blätter aus dem Ruhrgebiet melden, kann dort von einer Wüstung unter den Bergarbeitern wegen der Ueberarbeit keine Rede sein. Die Beteiligung an der Ueberarbeit hat im Gegenteil täglich zugenommen. In der letzten Woche betrug die Rohleistung in arbeitstäglichen Durchschnitt 847 200 Tonnen gegen 888 800 Tonnen und 881 200 Tonnen in den beiden vorhergehenden Wochen. Nach einer weiteren Blättermeldung aus Bochum haben die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände einstimmig beschlossen, erst in der nächsten Woche in Verhandlungen über die neuen Wohnforderungen der Arbeiter für Dezember im Beisein des Reichsarbeitsministers einzutreten und auch die Frage des Ueberarbeitensabkommens zu besprechen.
 Der Streik der Groß-Berliner Kohlenarbeiter hat seit gestern morgen dadurch eine Verschärfung erfahren, daß auch die bei den größeren Firmen angestellten Akkordarbeiter ausständig sind. Die Zahl der auf den Bahnhöfen an-

kommenden Kohlenzüge, die nicht entladen werden können, steigt immer weiter, so daß wahrscheinlich die Technische Reichsanstalt wird eingesetzt werden müssen.
 Nach zweiwöchigen Verhandlungen wurde von der Straf-kammer in Darmstadt gestern nachmittags das Urteil gegen die an den Aufständigen vom 27. Juli Beteiligten ver-fällend. Gegen 16 Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr verhängt. Es handelt sich um die Aufständigen in deren Verlauf in den Räumen der „Deutschen Landeszeitung“ und des „Täglichen Anzeigers“, sowie in den Wohnungen des Barons Deimolden und des Abgeordneten Dr. Claus Verhandlungen an-gelichtet, und bei welchen der Abgeordnete Dingeldey mißhandelt worden war.

Sens über die äußere und innere Politik Rußlands.

In der dritten Sitzung des Moskauer Komitees hielt Sens eine Rede, in der er die Grundzüge der äußeren und inneren Politik Rußlands in den letzten anderthalb Jahren darlegte. Er führte u. a. aus: „Wir haben bei allen Staaten der Welt große Erfolge errungen, obwohl einige von ihnen mit uns noch nichts zu tun haben wollen. Trotzdem werden sie aber die wirtschaftlichen und nachher die diplomatischen Beziehungen zu uns aufnehmen müssen, denn es droht denen, die sich weigern, daß sie zu spät kommen und dadurch in eine ungünstige Lage geraten. Trotz allem mit der neuen Wirtschaftspolitik verbundenen Schwierigkeiten hat die Erfahrung die Möglichkeit des neuen Auswegs gezeigt. Unsere Aufgabe ist, zurückweichend einen neuen Schritt vorwärts in der Richtung auf den Sozialismus vorzubereiten. Wir müssen unseren Apparat berast umbauen und unsere Gesetzgebung berast umgestalten, daß wir bloß ein Minimum der negativen Seiten der neuen Wirtschaftspolitik, ihre ökonomischen Nachteile aber im vollen Umfang verwirklichen. Das ist uns notwendig, als viele bürgerliche Staaten fortfahren, uns wirtschaftlich zu konkurrenzieren. Durch gemeinsame Arbeit werden wir es erreichen, daß das Rußland der neuen Wirtschaftspolitik am Rußland des Sozialismus wird.“

Deutscher Reichstag.

Mitd. Berlin, 28. November.

Das Haus leitete die Geschäftsordnungsberatung fort. Zunächst wird der Antrag der Linksparteien, der die Unter-schlagung der Abgeordneten für Interpellationen von 30 auf 15 herabsetzen will, gegen die Stimmen der Linksparteien abgelehnt, der gleiche Antrag für die Unterstützung der kleinen Anfragen dagegen mit großer Mehrheit angenommen. An die weiteren Bestimmungen der insgesamt 122 Paragraphen umfassenden Geschäftsordnung knüpft sich eine sehr eingehende Aussprache, in welcher die Ausschluß-fassung besonders vom Abg. Ledebour (Unabh.) und den Kommunisten (Schar) kritisiert wird.
 Um 7 Uhr abends verlegt sich das Haus, Freitag mittag 1 Uhr Entgegennahme einer Erklärung der Reichs-regierung.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Ausweisungen aus Polen bleiben an der Tagesordnung. Eine im Kreise Braudens angestellte deutsche Lehrerin ist mit nur siebenstündiger Frist ausgewiesen worden; ebenso hat ihre Schwester den Ausweisungsbefehl erhalten mit der Drohung, wenn sie nicht binnen zwei Tagen über die Grenze wende, würde sie verhaftet werden. Als Grund wurde Wiedervergeltung für die Ausweisung eines Arbeiters aus Deutschland angegeben.
 Die Hamburg-Amerika-Linie kam in England den ehemals deutschen Doppelschraubendampfer „Rigoma“ von über 8000 Bruttoregistertonnen zurück. Das Schiff wird erst nach einer nochmaligen Besichtigung übernommen und dann unter dem Namen „Toledo“ in den Waffendienst zwischen Hamburg, Spanien und Mexiko eingeteilt werden.

Wahlkündigung gegen Dr. Jndow. „Gawita Soranna“ nennt die Juden Schmarozler, die Polen einen schändlichen Minderheitsvertrag aufhätten und es unter die Leitung der deutschen Politik bringen wollten. Das Blatt fordert die Vertreibung der Juden aus der Gesellschaft, der Kultur und der Wirtschaft.

Die achtzehnmonatige Dienzeit. Die Seeres-formalmission des Senats hat sich mit 15 gegen 2 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen für die achtzehnmonatige Dienzeit ausgesprochen.
Die französische Liga für Frauenrechte hat im Anschluß an die Ablehnung des Frauenstimmrechts im Senat eine Protestversammlung veranstaltet und eine Tagesordnung angenommen, in der für Frauen das Recht auf Teilnahme am politischen Leben des Landes gefordert wird.

Die Industriekontrollen die seit kurzem ihre Tätigkeit auf-geworfen hat, eröffnete Kredite für Fruchts- und Wirtschaftsgüterorganisationen. Die ausländischen Banken zeigen großes Interesse für die Tätigkeit der Bank. Es sind viele An-träge von ihnen in Moskau eingegangen, mit ihnen in Ver-kehr zu treten. Die Verwaltung der Bank hat um die Erhöhung des Kapitals auf 15 Millionen Goldrubel nach-gesucht.
Belastungsmaterial für die Arme und die Ukraine. Was Noworossisk wird gemeldet, daß das Raphta-Syndikat die regelmäßige Lieferung von Belastungsmaterial nach der Arme und der Ukraine organisiert hat. Vom 15. Mai bis 1. November sind 1 000 800 Kub Raphta-Produkte nach Odessa und in die Arme geliefert worden. Zum ersten Male nach der Revo-lution ist die Krise in der Beschaffung der Belastungsmaterial in der Ukraine bebunden. In derselben Zeit ist in das Ausland 1 Million Kub Senja geliefert worden.

Realisierung einer staatlichen Prämienanleihe. Nach einer Meldung der Russischen Telegramenagentur werden Vorbereitungen zur Realisierung der sechszehnstelligen staatlichen Prämienanleihe in Höhe von 100 Millionen Goldrubeln getroffen. Es werden Stücke im Werte von 5 und 25 Rubeln hergestellt.

Der Rücktritt der Regierung. Wie die „Chicago Tribune“ aus New York meldet, wird über Bonolul berichtet, daß der Rücktritt der chinesischen Regierung seinen Grund in der Ablehnung einer Anleihe von 100 Millionen Yen für China seitens Japans, Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten habe.

Eine Erklärung des Gewerkschaftsbundes. Reiter meldet aus Washington: Gompers hat im Namen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes die Einladung zur Teilnahme an der internationalen Gewerkschaftsbundeskonferenz, die am 10. Dezember eröffnet wird, abgelehnt. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat J. S. Thomas ermäch-tigt, dem Vorsitzenden des internationalen Gewerkschaftsbundes mitzuteilen, die amerikanischen Gewerkschaften seien nicht bereit, eine Verpflichtung bezüglich eines internationalen Generalstreiks für den Fall, daß ein defensiver oder auch nicht defensiver Krieg erklärt wird, zu übernehmen. Sie seien ferner nicht bereit, die nationale Einheit aufzugeben, die Nationalisierung des Eigentums des Landes zu erstreben oder an Versammlungen teilzunehmen, deren Tagesordnung zuvor festgelegt worden ist.

Reisereisen im Parlament. Im Repräsentantenhaus erklärte der Führer der demokratischen Gruppe, Barrett, bei Eröffnung der Debatte über die Schiffahrtsbehörden, die republikanische Regierung, die bereits im Sterben liege, bleibe ihrer Gewohnheit, Sonderinteressen zu begünstigen, treu. Der Führer der republikanischen Fraktion, Wobell, antwortete, die Republikaner seien nicht in der Lage, in 18 Monaten alles von der vorausgegangen demokratischen Regierung angetragene Unheil wieder auszumachen.
Die Rede Clemenceaus. Nach einer Meldung des „Chicago Tribune“ aus Washington hat Senator Borah die Rede Clemenceaus in der New Yorker Metropolitan Opera als eine Beleidigung, als unerträglich und jeder positiven Note bar bezeichnet. Senator Hitchcock erklärte, die Rede gefalle ihm nicht, Senator Lodge lehnte eine Verurteilung ab.

Dresdner Nachtbilder.

Dresdner Brief.

Es ist so ganz anders, fremd und sonderbar, wenn man zu später Nachtstunde die Straßen der Stadt durchschneidet. Keine blinkenden Schaulatzen ziehen mehr die Wände an, dunkel und gespenstlich tragen die hohen Steinbauten gegen den Nachthimmel, nur schwach beleuchtet vom spärlichen Straßenlicht. Aber einjam ist es nicht in den Straßen. Probliche Menschen überall, die vom Vergnügen heimkehren. Manchmal auch zu frühlich! Aber — wer niemals einen „Rausch gehabt“ —! Dieses schone Entschuldigungswort darf natürlich nicht zu oft angewendet werden, denn gar viele torfelnde Verhalten begegnen mir auf meinem Wege vom äuerlichen Belten der Vorstadt mitten durch das Stadlinnere nach Hien zu. Einige sind verliebt, andere streiten sich, wieder andere haben das „heulende Gend“ und Klagen sich selbst grauamer Sünde an, bleiben stehen, rufen den un-schuldigen Nachthimmel zum Zeugen an. Und o, die Hammerfajenen, die verschiedenen bitteren oder lustigen Folgen, die solche Alkoholfreunden nach sich ziehen! Stoff zu Romanen, Tragödien und Humoresken bieten sie dem Dichter.
 Doch sonst liegt die Vorstadt verschlafen und ruhig da; und dort drüben, wo es in die kleine Gasse einbiegt, festet nur noch der ehrwürdige Nachtwächter mit Speck und Tusch-horn, um das Bild der Kleinstadt aus unserer Großväter Tage zu vervollständigen. Umhauert vom Hauber alter Zeit bleibe ich stehen. Da öffnet sich eine kleine, umkränzte Worte, hinter der ich schon ein süßes junges Feidbild ver-mutete, und in dem gelben Lichtegel erscheinen einige Burtschen, angehat mit modernem hellfarbenen Schläfer, Brillantränge an schweligen Fingern, die ein Schubs des hausnechtlichen Stiefels un-sanft an die Luft befördert. — Der Hauber ist verschunden.
 Weiter nach der inneren Stadt zu ändern sich die Bilder. Da beginnt schon mehr und mehr das mondäne Großstadt-treiben. Die Kaffees werden geschlossen und lassen aus ihrem erleuchteten Innern die letzten Wälte heraus. Während schließt der Hausdiener die Tür. „Wohin gehen wir noch?“ beraten einige diese Herren, denen immer noch zu viel Weiß in den Taschen quillt. Einer macht in unschlüssiger Rede einen hüßlichen Vorschlag. Die anderen lassen. „Nein, Freunde! für so was ist mir mein Geld zu schade!“ Sie gehen weiter, verschunden aber dann doch in einem Lokal zweifelhaften Rufes, das von außen so dunkel und harmlos wie möglich erscheint.
 Da tritt eine frühliche Gesellschaft aus der Tür des Kaffees am Altmart, zwei Pärchen sind es, Liebemannner älteren Jahrgangs und zwei Blunauge, elegant gekleidete Mädels. Die Herren winken ein Auto herbei, aber ihre menschenfreundliche Absicht, die Mädels heimzubringen und sich womöglich für ihre Ausgaben der Liebe Lohn zu holen, wird vereitelt. „Danke sehr, ich wohne gleich um die Ecke und kann ganz gut allein gehen“, sagt die eine, und: „Auf Ihre, ich bin in zwei Minuten zu Hause“, die andere. Und

Abend! Sie fassen sich unter und sind im Rauffchritt um die Schöfergassende, und die zwei älteren Herren stehen ver-dutzt vor ihrem Auto. —
 Weiterhin geht es die König-Johann-Straße entlang. Da lungert ein Jüngling herum, schau jedem weiblichen Wesen frech unter den Hut. Ein Mädchen geht rasch und sicher ihres Wegs. Der junge Mann tritt ihr entgegen und bietet seine Begleitung an, nicht mit Lebenswürdig be-trickenden Worten, wie es ebendam ein Faust für nötig hielt, sondern ruppig fordernd. Ja, was denkt sich so einer? Selbst daß leichtfertige Geschöpf würde diesem frechen Ton gegen-über ablehnend sein, vielmehr das Fräulein, das empört zur Seite tritt und dem frechen laut die Ohrfeige andietet, die er sicher von seinem Vater zu wenig erhalten hat.
 Ueber den Pirnaischen Platz kreuzen einige Nachtwagen, sie sind fast leer, — natürlich, — die doppelte Lage des an sich schon horrenden Fahrpreises läßt lieber ein Halb-schländchen Nachtruhe opfern; denn obgleich es tröstlich heißt: „Was sind denn jetzt noch 80 Mark? Raum ebensowohl an Pfenniger!“ so beßt doch der traurige Gegenfall darin, daß die allgemeinen Einkünfte dieser Entwertung in keiner Weise nachgekommen sind. Das scheint auch der Drezel-mann zu denken, der mit heimlichem Fluchen dort an der Straßende seine paar Goldschmeine zählt und mit dem Vorrat an Selbstanlagen in seinem Korbe vergleicht. „Die Peite sein ja märchenhaft froh heutzutage, wenn sie keinen Dorcht ham!“ sagt er zu mir gemeldet und tollt ver-dorsten heimwärts. Und da gefell sich zu ihm der hüfende Zeitungsvorfürer, und die beiden geraten sofort in eine politische Debatte, die sie gewiß, — wer will weiten? — in einer Hochdebatte der Neuen Gasse zum Auszug bringen. —
 Ob sich im Dunkel der Nacht die Menschen anders geben, als im hellen Tageslicht? Ob die niedrigen Instinkte sich zu solcher Reize ohne Hemmung hervorwagen? Es lohnt wohl einmal, diese Probe aufs Exempel zu prüfen; aber dazu muß der Beobachter die Lokale in ihren Innenräumen, intime Winkel der Nachgesehligkeit aufsuchen. Auf offener Straße zeigt sich der Drezelner doch fast immer als der wohl-ergogene, gestittete Mensch, als der er allgemein bekannt ist.

Der Frankfurter Balmengarten in Not.

Aus Frankfurt am Main wird und geschrieben: Wer Frankfurt kennt, der kennt auch seinen Balmengarten, und wenn von ihnen allen, die jemals den prächtigen Garten besuchten, bleibt nicht der geradezu überwältigende Eindruck des großen Palmengartens, der blinkenden Pflanzenhäuser mit ihrem Reichtum an einheimischen und exotischen Pflanzen und Blumen, der wunderbaren Blütengalerie oder der unerreichlichen malerischen Partien und lauschigen Plätze des Gartens, der Rosenbügel in vollem Schmutz, das Schweizer-häuschen mit dem großen Beller, als einen der lebends-würdigsten Schätze Frankfurts in Erinnerung? Zu jeder Jahreszeit bietet der Balmengarten dem Besucher des Schönen übergenau, und diese „Perte unter allen euro-päischen Gärten“, der Stolz der alten Kaiserstadt am Main,

der Diebstahlsaufenthalt der Frankfurter, sieht sich vor die Notwendigkeit der Schließung gestellt, weil man das Geld für die Setzung der Palmen- und Pflanzenhäuser nicht mehr aufbringen kann. Die Aufgabe des Palmengartens, der in rastloser fängigjähriger Arbeit sich einen Weltren erworben, bedeutete für Frankfurt einen unerlebbaren Verlust.
 Der Palmengarten wurde vor fünfzig Jahren geschaffen, und zwar waren es die berühmten Wintergärten des Herzogs Adolf von Nassau, die von Frankfurter Bürgern um 80 000 Gulden bei der Auflösung der herzoglichen Hofhaltung in Viehtrieb gekauft) zu dem heutigen Pflanzen-reichum den Grundstock legten. Der kleine Garten wurde durch Hinzuauft von angrenzenden Ländereien und Wärdern nach und nach vergrößert. Zur damaligen Zeit lag der Palmengarten noch nicht so engstnng in Straßen und Häuser, und heute ist er zu einem Terrain von 23 Hektar angewachsen, das etwa 90 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Von ganz besonderer Bedeutung ist der dem Palmengarten angegliederte Botanische Versuchsgarten (im Regarten des Palmengartens), der mit seinen Züchtungen und Züchtungen von Pflanzenkulturen sehr gute Resultate zu verzeichnen hat. Interessant ist die Schau der Kolonial-pflanzen aus den einstmaligen deutschen Ueberseebesitzungen, die ein fast unkenntliches Bild der Flora unserer Kolonien gezeichnet, dazu die seltenen Exemplare der Insekten freilebenden Pflanzen, und als bemerkenswerte botanische Seltenheit ist zu verzeichnen, daß unter den alten Palmengärten einzelne Mutterpflanzen neue Blütenstände bilden konnten, die hier zur Stelle gelangten.
 In den Sommermonaten, bevor der katastrophale Marktsturz eintrat, deckte sich die schlechte finanzielle Lage des Palmengartens durch den Fremdenbesuch, der sich bei günstiger Witterung auf 2000 bis 2500 Personen belieferte. Die Einnahmen beliefen sich täglich auf 85 000 bis 40 000 Mark, bei einem Eintrittspreis von 25 Mark für Reichs-deutsche und Deutschösterreicher und 100 Mark für Aus-länder, aber was bedeutet diese Einnahmen, die ja mit Eintritt der schlechten Witterung und Abflauen des Fremden-verkehrs fähbar zurückgingen, gegenüber den von Tag zu Tag steigenden Ausgaben? Für die Setzung der Gewächshäuser, die in Friedenszeiten eine Summe von 85 000 bis 40 000 Mark erfordern, sind allein 10 Millionen angelegt, die bei dem neuerlichen Ansteigen der Holzpreise kaum reichen werden.
 Die letzte Generalversammlung brachte die wenig erfreuliche Tatsache, daß die Abschlußrechnung ein Defizit von 225 000 Mark auswies, sodas über die Hälfte des Aktienkapitals zur Deckung verwendet werden mußte. Im Erkenntnis der großen Notlage hat die Stadt ihren bisherigen Zuschuß von 80 000 Mark auf 150 000 Mark erhöht, ebenso hat das Landwirtschaftsministerium dem Palmengarten eine Zuwendung gemacht, aber es langt nicht, seitdem der Dollar um 7000 fest. Die paar Hunderttausende sind wie ein Tropfen auf heißen Stein; und wenn Glls gebracht werden soll, müssen es Millionen sein. Wenn nicht über Nacht ein Wunder geschieht, wird das trodene Unheil immer ab-gewandten sein.